

5546. Verfahren gegen schweizerische Nationalsozialisten.

Poursuites contre des Suisses nationaux-socialistes.

Bericht des Bundesrates vom 30. November 1948.
Rapport du Conseil fédéral du 30 novembre 1948.

Antrag der Kommission.

Kenntnisnahme in zustimmendem Sinne.

Proposition de la commission.

Prendre connaissance du rapport avec approbation.

Berichterstattung. — *Rapport général.*

Präsident: Der deutsche Berichtersteller, Herr Schmid-Oberentfelden, bittet um Verlängerung der Redezeit. Ich denke, Sie sind einverstanden, möchte aber gleichwohl bitten, dass sich Herr Schmid, wenn immer möglich, auf etwa 25 Minuten beschränkt.

Schmid-Oberentfelden, Berichtersteller: Der Bericht des Bundesrates über die Verfahren gegen nationalsozialistische Schweizer gegen Angriffe auf die Unabhängigkeit der Eidgenossenschaft vom 30. November 1948 ist ein wichtiges Dokument, das über die Gefahren, die unserm Land, seiner Unabhängigkeit und Freiheit drohten, Aufschluss gibt. Das Dokument ist um so wertvoller, weil es sich auf sechs Urteile des Bundesgerichtes stützt, die in der Zeit vom 20. Dezember 1946 bis 3. Juli 1948 gefällt worden sind. Die Tatbestände des Landesverrats sind auf Grund der Untersuchungsakten und der Gerichtsverhandlungen festgestellt worden; wir wünschten nur, dass die Verhandlungen über Landesverratsprozesse in Zukunft stenographisch aufgenommen würden, um Äusserungen von Zeugen und Angeklagten im Wortlaut festzuhalten. Die dem Bericht beigegebenen Belege sind sehr umfangreich und enthalten äusserst interessante Einzelheiten. Sie stehen den Mitgliedern der eidgenössischen Räte zum Studium offen und werden später dem Bundesarchiv übergeben, sie werden auch in Zukunft für Historiker und Politiker ihre grosse Bedeutung beibehalten.

Die Landesverratshandlungen, die Gegenstand der sechs Strafverfahren bildeten, fallen in die Zeit des zweiten Weltkrieges, zum Teil in die Jahre, in denen die Schweiz schwer um die Wahrung der Neutralität und Unabhängigkeit ringen musste. Die nationalsozialistischen Schweizer, die vom Bundesstrafgericht verurteilt wurden, hatten ihre Weltanschauung und ihr nationalsozialistisches Bekenntnis schon lange vorher erworben. Sie haben sich von ihrem Geltungstrieb, von ihrem Machthunger, von ihrem Streben, eine führende Rolle zu spielen, leiten lassen. Sie waren bereit, ihren persönlichen Zielen das Wohl des Landes, die Freiheit und Unabhängigkeit der Eidgenossenschaft und die Freiheit und das Wohl ihrer Mitbürger zu opfern. Sie waren erfüllt von den Ideen der autoritären Staatsführung.

Sie selber wollten, koste es, was es wolle, zum Führerkreis gehören. Es ist bezeichnend, dass einzelne von ihnen von der kommunistischen Politik her zum Nationalsozialismus gekommen sind, so der zu zehn Jahren verurteilte Pfarrer Werner Wirth, geb. 1886, der zu Beginn der zwanziger Jahre der Kommunistischen Partei angehörte, später vorübergehend auf die Politik verzichtete, um sich dann dem Nationalsozialismus zu nähern und schliesslich zum Werkzeug der deutschen Nazis zu werden. Er hat jene Karteien der sog. Reichsfeinde in der Schweiz erstellt, die vernichtet wurden und so beim Verfahren gegen ihn nicht mehr vorhanden waren. Dr. Heinrich Büeler, geb. 1901 in Indochina, zu acht Jahren verurteilt, ist 1919 der Kommunistischen Jugend beigetreten und 1923 zum Nationalsozialisten geworden. Der Übertritt vom Kommunismus zum Nationalsozialismus war ja in Hitler-Deutschland keine Seltenheit, so wie nach dem Zusammenbruch Deutschlands Nazi zu Kommunisten geworden sind.

Die Botschaft des Bundesrates als geschichtlich bedeutsames Dokument zeigt auf Grund der Gerichtsverhandlungen, der Aussagen von Zeugen und den schriftlichen Äusserungen deutscher Reichsstellen, dass das nationalsozialistische Deutschland die Unterwerfung Europas und die Schaffung eines grossgermanischen Reiches zum Ziel hatte. Um dieses Ziel zu erreichen, waren den Nationalsozialisten alle Mittel gut genug. Viele Schweizer glaubten, als Hitler zur Macht gelangte, es handle sich um eine Bewegung wie eine andere politische Bewegung. Sie hatten auch die Gefahren, die dem italienischen Fascismus innewohnten, noch nicht erkannt. Unsere Tessiner Miteidgenossen haben von allem Anfang an den italienischen Fascismus abgelehnt und durch ihre Opposition gegen jene Lehre dem Schweizerland einen grossen Dienst geleistet.

Der vorliegende Bericht des Bundesrates über die Landesverratsprozesse 1946/48 gibt nur einen Teil der grossen Angriffsaktionen, welche von den Fascisten und nationalsozialistischen Machthabern gegen die Schweiz geführt wurden, wieder. In den eidgenössischen Räten ist frühzeitig durch Interpellationen und Diskussionen auf die Gefahren, die der Nationalsozialismus und der Fascismus für freie demokratische Völker in sich tragen, hingewiesen worden.

Am 28. Dezember 1945 hat der Bundesrat dem Parlament einen Bericht über die antidemokratischen Umtriebe von Schweizern und Ausländern in den Jahren 1939 bis 1945 erstattet, indem er über das, was in der Schweiz von nationalsozialistischer Seite getan und beabsichtigt wurde, Aufschluss gab. Dieser Bericht hat bei seiner Publikation berechtigtes Aufsehen erregt. Viele wurden sich damals erst der Gefahren bewusst, die unser Land während des Krieges und in den Vorkriegsjahren bedrohten. Schon in jenen Berichten wird über die Pläne Deutschlands hinsichtlich der Schweiz, über die nationalsozialistischen Schweizerbünde, über die germanische SS-Schweiz einlässlich berichtet. Es wird auch über das Oberdeutsche Arbeitsbureau, das seit 1942 von Werner Wirth geleitet wurde, geschrieben. Das Panorama-Heim, das bis Ende 1943 in Stuttgart war, und in welchem man die Schweizer für die Waffen-SS ausbildete, ist in jenem Bericht

erwähnt. ... aufgeführt sind. auch ... zur Beratung stehenden Bericht wieder. Am 17. Mai 1946 wurde der zweite Teil jenes Berichtes erstattet, der sich mit den italienischen Faschisten in der Schweiz befasste. Am 21. Mai kam der dritte Teil des Berichtes, der von den kommunistischen Umtrieben handelt.

Die eidgenössischen Räte haben zu diesen Berichten Stellung bezogen, ebenso zu einem spätern Bericht, der sich mit den Pressefragen befasste.

Aus diesen Dokumenten wie aus andern Publikationen der Nachkriegszeit geht klar und eindeutig hervor, dass das letzte Ziel der Politik des nationalsozialistischen Deutschland die Einverleibung der Schweiz in das grossgermanische Reich war.

Die autoritären Machthaber unserer Zeit versuchen, auf Staaten, deren Freiheit und Unabhängigkeit sie untergraben wollen, Einfluss zu gewinnen, indem sie durch eine ausgedehnte Propaganda die Menschen irreführen, und sie beanspruchen alle Rechte einer freien Demokratie für sich, währenddem sie im eigenen Land jede Freiheit unterdrücken. Die schweizerischen Zeitungen wurden in Deutschland früh auch für die Schweizer verboten. Auf dem Abhören des fremden Radios, also auch des Schweizer Radios, stand in Deutschland die Todesstrafe. Bei uns in der Schweiz aber konnte die nationalsozialistische Propagandaliteratur verbreitet werden. So erschien die „Deutsche Zeitung in der Schweiz“. Die illustrierte Monatsschrift das „Signal“ wurde zeitweise in einer Auflage von bis zu 80 000 Exemplaren bei uns verbreitet. Die Schweizer Presse selbst aber war in ihrer Kritik der Zustände im nationalsozialistischen Herrschaftsbereich eingeengt. Sie konnte nicht alles schreiben, was wahr war, besonders während des Krieges nicht. Schon vorher waren die faschistischen Staatsoberhäupter, die heute mit Recht als Kriegsverbrecher bezeichnet werden, bei uns durch eine Verordnung des Bundesrates gegen Presseangriffe geschützt. Die Nationalsozialisten haben Nachrichten über Verbrechen, die sie an der Menschheit verübten, über barbarische Zustände, die bei ihnen herrschten, als Greuelnachrichten bezeichnet.

Es gab eine grosse Anzahl von Schweizern, welche aus verschiedenen Motiven vom Faschismus und vom Nationalsozialismus auch Gutes erwarteten und bekannt gewordene Verbrechen, die einwandfrei festgestellt werden konnten, bagatellisierten.

Immerhin drang im Laufe der Jahre in weitesten Kreisen unseres Volkes die Erkenntnis durch, dass uns von faschistischer und nationalsozialistischer Seite tödliche Gefahr für die Freiheit drohte. Die Frontisten wurden in ihren letzten Absichten durchschaut.

Auch die Ziele der deutschen Nationalsozialisten, insbesondere das Bestreben, Europa zu unterwerfen, wurden mehr und mehr offenbar. Im Frühjahr 1938 erfolgte der deutsche Einmarsch in Österreich. Im Herbst 1938 kam es zum sog. Münchner Frieden, mit der Abtrennung des Sudetenlandes von der Tschechoslowakei und seiner Übergabe an Grossdeutschland. Im Frühjahr 1939 kam der Einmarsch der Deutschen in Böhmen und Mähren und die Errichtung des sog. Protektorates. Im August 1939 wurde der Freundschaftspakt zwischen Hitler-Deutschland und Sowjetrußland geschlossen. Der Krieg brach aus. Polen

wurde niedergeworfen und zwischen Rußland und Deutschland aufgeteilt. Im Frühjahr 1940 kam der Überfall auf die neutralen Staaten des Nordens und des Westens, nämlich Dänemark, Norwegen, Holland, Belgien und Luxemburg. Frankreich erlitt eine entscheidende Niederlage und kapitulierte unter Pétain. Jetzt war der Höhepunkt der deutschen Siege im Westen erreicht. Aber der Widerstandswille beim Schweizervolk war unerschüttert. Andererseits sahen sich die mit Deutschland sympathisierenden und ihre persönlichen Interessen verfolgenden Nationalsozialisten und Landesverräter ihrem Ziele näher gebracht.

Es ist deshalb verständlich, dass sie vor allem im Sommer 1940 alles versuchten, um mit dem nationalsozialistischen Deutschland in eine noch engere Verbindung zu kommen. Mit Recht wird im Bericht des Bundesrates vom 30. November 1948 festgestellt: „Nach dem Zusammenbruch Frankreichs im Juli 1940 glaubte Max Leo Keller, einer der Landesverräter, das Deutsche Reich werde binnen kurzem auch den Krieg gegen England gewinnen und hierauf das grossgermanische Reich errichten. Das Bundesstraengericht stellt fest, dass Keller überzeugter Nationalsozialist war und den vorbehaltlosen Willen hatte, sich für die Schaffung einer auch die Schweiz erfassenden, neuen europäischen Ordnung einzusetzen. . . . Das neue Europa stellte sich Keller vor als eine Verbindung der germanischen Staaten zu einem von Deutschland geführten grossgermanischen Reich. In diesem wünschte er die Schweiz nicht als Teil des Deutschen Reiches, sondern als Vasallenstaat.“ Es heisst dann im Bericht weiter: „Im Juli 1940 hielt Keller den Augenblick für gekommen, die schweizerischen Nationalsozialisten zwecks Übernahme der Macht, unter Erfüllung der ihnen im Rahmen der „organischen Lösung“ zukommenden Aufgaben in einer einheitlichen Bewegung zu sammeln. Mit einigen Gleichgesinnten, mit denen er schon 1939 einen Führerkreis gebildet hatte, gab er Ende 1940 den Anstoss zur Gründung der „Nationalen Bewegung der Schweiz“. . . . Ferner äusserte sich über die damaligen und spätern Vorgänge um die nationale Bewegung der Schweiz die nachmals von Riedtweg angeregte Denkschrift: „Der Nationalsozialismus in der Schweiz“. — Keller, der diese Aufgabe übernommen hatte, liess die Denkschrift, zu der ausser ihm selbst auch Büeler, Wechlin und Maag Gedanken beitrugen, durch Maag im Januar 1944 zusammenstellen und übergab sie dem Gauleiter und Reichsstatthalter Saukel, in der Hoffnung, durch diesen an Hitler zu gelangen und von Reichsminister Ribbentrop empfangen zu werden. Die „Nationale Bewegung der Schweiz“ sollte als neue nationalsozialistische Organisation die schon vorhandenen Gruppen zusammenschliessen und die einheitliche Führung sicherstellen.“ Es wird dann auch berichtet, dass Keller die deutsche Gesandtschaft in Bern hinter sich hatte und dass vor allem der Botschaftsrat von Bibra für ihn sehr eingenommen war.

Die nationalsozialistischen Schweizer versuchten nun auch, die Fühlung mit dem Bundespräsidenten Pilet-Golaz aufzunehmen. Von ihm wurde eine Dreierdelegation, bestehend aus Keller, Jakob Schaffner und Hofmann empfangen, und nachher wurde Keller von Pilet noch einmal persönlich zu Hause emp-

fangen. Über den Inhalt der zweiten Unterredung herrschte in der Darstellung eine Diskrepanz. Im Urteil des Bundesgerichtes wird die Version Kellers, dass der Bundespräsident ihn gebeten hätte, in Deutschland offiziell sich dafür einzusetzen, dass die schweizerischen Behörden mit den Deutschen wieder ins Gespräch kommen könnten und sich die Beziehungen mit ihnen verbesserten, als richtig angenommen. Dagegen wird im offiziellen Amtsbericht des Politischen Departementes vom 22. Juni 1948 ausdrücklich erklärt, dass Keller gewünscht hätte, zu wissen, ob der Bundespräsident ihm nicht einen Auftrag zu übergeben hätte. Die Antwort war offenbar negativ und hätte es auch nicht anders sein können. Man wünschte nicht, dass Mitteilungen irgendwelcher Art übermittelt würden. Die Kommission konnte diese Diskrepanz, die hier bestand, nicht aufklären.

Der Bundesrat hat kurz nachher entscheidend gehandelt, indem er am 19. November 1940 die „Nationale Bewegung der Schweiz“ verbot und Haus-suchungen und Verhaftungen vornehmen liess. Das war ein schwerer Schlag für die landesverräterischen schweizerischen Nationalsozialisten. Auch die deutschen Reichsstellen waren darüber regelrecht bestürzt und aufgebracht. Selbstverständlich kannten im Herbst 1940 die schweizerischen Behörden vieles, was von deutscher Seite zur Unterstützung der nationalsozialistischen Schweizer und ihrer Bestrebungen geschah, noch nicht genau. Um so bemerkenswerter ist das Handeln der Behörden im damaligen Zeitpunkt.

Noch klarer tritt die Haltung des Vorstehers des Justiz- und Polizeidepartementes in seinem Schreiben vom 14. Juli 1941 an Hofmann (einer der drei, die im Herbst 1940 vom Bundespräsidenten empfangen worden waren) hervor. Dieses Schreiben zeugt von der entschlossenen Haltung, unser Land gegen die Aktionen der Landesverräter mit allen Mitteln zu verteidigen.

Der Bericht vom 30. November 1948 enthält eine Reihe von Tatbeständen, von Schilderungen, von gerichtlich festgestellten Zusammenhängen. Es ist unmöglich, in einem Kommissionsreferat, dessen Zeit beschränkt ist, auch nur über die wichtigsten Einzelfälle zu berichten. Hingegen scheint es mir notwendig zu sein, einige der wesentlichsten Tatsachen, die im Bericht einlässlich wiedergegeben sind, hier ganz knapp darzustellen.

In die sechs Prozesse waren 102 Angeklagte verwickelt, gegen welche die Bundesanwaltschaft Anklage erhoben hatte. Es wurden von ihnen 58 zu Zuchthausstrafen, 20 zu unbedingten Gefängnisstrafen und 21 zu bedingt erlassenen Gefängnisstrafen verurteilt; nur 3 Angeklagte wurden gänzlich freigesprochen. Die Namen und Strafen der in die sechs Bundesstrafprozesse Verwickelten finden Sie auf den Seiten 3 ff. des Berichtes.

Die Vergehen der Bestraften sind zum Teil von ausserordentlicher Schwere. Während des Krieges und unter dem Vol machtenrecht wurden für ähnliche Handlungen Todesstrafen ausgesprochen. Im Zeitpunkt, wo sich diese Prozesse abspielten, waren die auf ausserordentlichen Vollmachten beruhenden Ergänzungen des Bundesstrafrechtes nicht mehr in Kraft. Diesem Umstand verdanken einige Landesverräter ihr Leben.

Aus welchen Kreisen, wird sich mancher fragen, stammten die Landesverräter? Waren es Schweizer oder waren es bei uns Eingebürgerte? Auf diese Fragen ist festzustellen, dass die Grosszahl der Verurteilten Schweizer waren. Wenige waren erst seit einiger Zeit bei uns eingebürgert, so Dr. iur. Joseph Barwirsch, Rechtsanwalt in Davos. Er gehörte zu jenen, die in gewissenloser und verbrecherischer Weise gegen unser Land gehandelt haben. Unter den Verurteilten gab es solche, die im Ausland geboren waren oder lange Zeit im Ausland wohnten. Es ist bemerkenswert, dass sich unter den Landesverrättern eine ganze Reihe von akademisch geschulten Leuten befindet. Denken wir an den Arzt Dr. Franz Riedtweg, an Dr. iur. Barwisch, an Dr. rer. pol. Leo Max Keller, Dr. phil. Alfred Zander, an den früheren Pfarrer Werner Wirth, an Dr. iur. Heinrich Büeler, an Dr. rer. pol. Charles ten Brink, an Dr. phil. Heinrich Wechlin, an Dr. phil. Friedrich Weilenmann und Dr. phil. Hans Oehler. Unter den Verurteilten befinden sich Journalisten, wie der soeben genannte Dr. Wechlin, einst Chefredaktor einer grossen Berner Zeitung, Franz Burri, Georg Achermann, Dr. Hans Oehler, Benno Schaeppi und Georges Oltramare. Unter denselben befinden sich auch Fabrikanten, selbständige Unternehmer, wie Eduard Mange, Otto Lienhard. Dr. Alfred Chiodera, Dr. Charles ten Brink. Dass auch Arbeiter von diesen Intellektuellen in ihre Kreise und in ihre Unternehmungen einbezogen wurden, ist nicht verwunderlich.

Was wollten die Landesverräter mit ihren Umtrieben gegen unser Land? Auf Grund des Berichtes und der Akten kann diese Frage klar und eindeutig beurteilt werden. Sie wollten die Schweiz dem grossdeutschen Reich eingliedern. Die Schweiz war für sie nicht mehr das Vaterland, für dessen Unabhängigkeit und Freiheit man sich einsetzt. Sie fühlten sich Deutschland verpflichtet und schwuren Adolf Hitler und den deutschen Nationalsozialisten blinden Gehorsam. Die Schweiz war ihnen gerade gut genug zum Sprungbrett für ihre persönlichen Ziele. Sie wollten aufsteigen zu Macht und Ruhm. Ihr Geltungsdrang kannte keine Grenzen. Einige von ihnen wollten Statthalter Hitlers in einem Vassallenstaat Schweiz werden. Deshalb hatten sie auch verschiedene Organisationen. Die persönlichen Aspirationen der Einzelnen hinderten sie, sich gegenseitig zu verständigen und unter sich jene Unterordnung anzuerkennen, die sie dem ganzen Schweizervolk gegenüber den Nationalsozialisten als Schicksal zgedacht hatten.

Die wenigsten von ihnen befanden sich in einer wirklichen Notlage. Allerdings gibt es verschiedene unter den Verurteilten, die in die Kategorie der gescheiterten Existenzen eingereiht werden können. Sie gaben für die Nichterreichung ihrer persönlichen Ziele, die keine Grenzen kannten und die sie auf Grund ihrer Fähigkeiten und Leistungen in der menschlichen Gesellschaft nie erreichen konnten, nicht sich selber schuld, sondern ihr Land, die Demokratie, die Leute, mit denen sie vielleicht zusammengearbeitet hatten. Ihr Machttrieb war masslos und ihr Geltungstrieb in jeder Hinsicht ungehemmt.

Um ihre persönlichen Wünsche verwirklichen zu können, waren sie bereit, sich nicht nur den deutschen Nationalsozialisten zu bedingungslosem Gehorsam zu verpflichten, sondern auch ihr eigenes

Land zu schädigen, wenn sie davon die Erfüllung ihrer egoistischen Wünsche erhofften. Daher vermittelten sie den Deutschen Kenntnisse, die einem Angreifer die Unterwerfung unseres Landes erleichtert hätten. Sie trieben Spionage und übermittelten die Resultate ihrer unsauberen Tätigkeit deutschen Stellen. Sie versuchten, Organisationen zu bilden und bildeten drei solche, die im entscheidenden Moment mit den Deutschen gemeinsame Sache gegen die Schweiz gemacht hätten.

Sie wirkten in Deutschland bei den dort wohnenden Schweizern, unterstützt von den Nazi, um diese Schweizer für ihre Ziele einzufangen und sie in ihre Organisationen einzugliedern.

Schweizer, die nach Deutschland gingen, um dort Arbeit und Verdienst zu suchen, wurden durch sie in Kursen geschult. Man versuchte, sie der Waffen-SS von Schweizern einzugliedern.

Dabei übten die Landesverräter jeden nur möglichen Druck auf diese Schweizer aus. Sie wurden dabei von den deutschen nationalsozialistischen Stellen durch Geld und anderweitig unterstützt.

Die Landesverräter legten für die Nationalsozialisten Register über Schweizer an, in denen sie die dem Nationalsozialismus treu ergebenden Schweizer registrierten und die aufrechten Schweizer, die jederzeit bereit waren, unser Land mit all ihren Kräften zu verteidigen. Diese bezeichneten sie als Feinde der Nationalsozialisten und merkten sich einzelne von ihnen zum voraus, um sie im entscheidenden Augenblick durch die Nazi unschädlich machen zu lassen. Sie führten auch Register über die schweizerischen Behörden.

Um die ganze Schwere der landesverräterischen Handlungen richtig zu würdigen, muss man sich in die Zeit zurückversetzen, in der die strafbaren Handlungen erfolgten. Das war, wie schon erwähnt, die Zeit, wo die Schweiz nach dem Niederbruch Frankreichs und des übrigen festländischen Europas fast allein noch aufrecht dastand.

Das Bundesstrafgericht hat die Verbrechen der Landesverräter genau festgestellt. Der vorliegende, in Ihren Händen befindliche Bericht gibt Ihnen auf den Seiten 71 bis 76 über die Rechtsprechung des Bundesstrafgerichtes Auskunft. Sie finden dort die Umschreibung der Delikte (Landesverrat, politischer Nachrichtendienst, militärischer Nachrichtendienst, fremder Militärdienst usw.). Ich möchte Ihnen diesen Abschnitt zum aufmerksamen Studium besonders empfehlen.

Die Kommission hat den Bericht als Ganzes gewürdigt und empfiehlt dem Rat, ihn unter Verdankung in zustimmendem Sinne zu genehmigen. Wir sind in der Kommission der Überzeugung, dass sowohl dieser Bericht als die ihm vorausgegangenen Berichte über die antidemokratischen Umtriebe und über die Presse nicht nur geschichtliche Bedeutung besitzen, sondern dass sie das Material bilden, um die Lage, wie wir sie seit einigen Jahrzehnten in Europa und in der Welt haben, besser beurteilen zu können und um die Gefahren, die einem kleinen demokratischen Staat drohen, richtig zu würdigen. Man darf nicht glauben, dass die Bedrohung eines Landes wie die Schweiz mit der Niederlage der Faschisten und Nationalsozialisten beendet sei. Niemand vermag zu sagen, wie in dem zerstörten und notleidenden Europa von heute gewisse Menschen

denken. Niemand weiss, wieviele Anhänger der Faschismus und der Nationalsozialismus heute noch zählen, welche Pläne sie verfolgen und welche Organisationen sie aufzubauen gedenken. Die Nachrichten aus Deutschland, Österreich, Italien geben darüber bestimmte, aber nur schwache Anhaltspunkte.

Niemand darf ausser acht lassen, dass nach dem Weltkrieg sich neue autoritäre Staaten gebildet haben, in denen ähnliche Methoden gebraucht werden, wie sie die Faschisten und Nationalsozialisten angewendet haben. Niemand darf vergessen, dass es wiederum Rechtsprechungen gibt, die mit der objektiven Wahrheitserforschung nichts zu tun haben, sondern bei denen Recht ist, was der betreffenden Herrschaft (Diktatur) nützt. Niemand darf vergessen, dass es wieder Konzentrationslager gibt, dass es Staaten gibt, in denen jede Freiheit unterdrückt ist und die Menschen ein Untertanendasein führen wie in nationalsozialistischen und faschistischen Herrschaftsgebieten.

Wir müssen uns bewusst sein, dass diktatorisch regierte Staaten versuchen, ihren Machtbereich weit über ihre Grenzen hinaus auszudehnen, dass sie sich der Spionage, der Verpflichtung von Menschen anderer Länder bedienen, um einen kommenden Krieg, den sie erfolgreich zu bestehen gedenken, vorzubereiten. Die Fünfte Kolonne, die einst Hitler diente, existiert nicht mehr, aber es gibt andere Fünfte Kolonnen, die anderen Herren dienen.

So soll man aus den Berichten, die uns vorliegen, erkennen, wie wichtig es ist, dass man in einem kleinen, demokratischen Staate die Demokratie verteidigt, die demokratischen Rechte nicht von Landesverrättern missbrauchen lässt, damit sie den Untergang des eigenen Staates vorbereiten helfen, dessen Rechte sie in Anspruch nehmen.

Man soll erkennen, dass es notwendig ist, die sozialen Verhältnisse möglichst auszugleichen; denn Landesverrat bei grossen Schichten der Bevölkerung erwächst gar oft aus Not und Elend.

Wir haben festgestellt, dass in der Schweiz wenig Landesverräter aus Not und Elend gehandelt haben; aber trotzdem darf man nicht vergessen, dass Unzufriedenheit aus wirtschaftlich ungesunden Verhältnissen erwächst.

Es lohnt sich, die Freiheit eines kleinen Volkes und seine demokratischen Einrichtungen bis zum Äussersten zu verteidigen. Die Verteidigung beginnt aber nicht erst dann, wenn der Überfall Tatsache ist, sondern lange vorher. So wie die Nationalsozialisten und Faschisten in einem Vorstadium ein Volk zu unterhöheln versuchten, so wird es auch heute in verschiedenen Staaten der Welt gemacht. Man kann nicht zulassen, dass sich Menschen dem Auslande in blindem Gehorsam verpflichten und erklären, sie würden im Falle eines Krieges die Angreifer mit Sympathie empfangen, und das damit entschuldigen, dass sie den Angreifern zubilligen, sie führten nur einen Verteidigungskrieg.

Ein lebendiges Volk muss seine Freiheit und seine Demokratie fortwährend verteidigen. Denn bestehen bleibt nur, was täglich neu an Freiheit erkämpft wird. Von diesem Gesichtspunkte aus haben wir den vorliegenden Bericht zu würdigen.

M. Picot, rapporteur: Une petite observation préliminaire: par suite des hasards de l'ordre du jour, il se trouve que je présente deux rapports ce matin. Je ne voudrais pas que vous tiriez de cette circonstance la conclusion que je songe à monopoliser la tribune: il y a deux ans et demi que je n'ai pas présenté de rapport sauf une fois, en cinq minutes, pour un projet concernant un bâtiment des téléphones.

Le 9 octobre 1946, le Conseil national a discuté les quatre rapports présentés par le Conseil fédéral dès le 28 septembre 1945 et jusqu'au 25 juillet 1946 sur l'activité antidémocratique des hitlériens, des fascistes et des communistes contre la Suisse pendant la guerre. Le débat, très complet, fut introduit par deux longs rapports, l'un de M. Gysler, en allemand, l'autre de votre serviteur, en français. Ils ont été imprimés, exceptionnellement, au *Bulletin sténographique* et le sujet a paru alors épuisé.

Il n'en était finalement rien. Le sujet a rebondi lorsque, lors de la discussion du rapport sur la gestion, en 1947, au cours de la session de juin 1948, notre collègue, M. Schmid (Oberentfelden), que vous venez d'entendre, a exprimé au Conseil national le vœu que le Conseil fédéral fournisse des informations sur les procès qui venaient de se dérouler, révélant par la voie judiciaire de nouvelles données sur l'activité des traîtres, l'organisation d'une cinquième colonne et l'influence prépondérante de l'Allemagne dans les menées des Suisses condamnés. Au cours de la même session, notre collègue, M. Bringolf (Schaffhouse), à propos de l'interpellation sur l'audition du fameux Dr K. Huegel, a exprimé, lui aussi, le vœu de voir publier un rapport complémentaire imprimé que nous avez sous les yeux. Ce rapport, élaboré par les soins du ministère public fédéral, porte la date du 30 novembre 1948. C'est sur cet objet que nous discutons.

Le matériel nouveau apporté par les procès devant la cour pénale fédérale du Tribunal fédéral constitue des éléments importants, puisqu'il s'agit de six instances qui se sont déroulées du 20 décembre 1946 au 3 juillet 1948 et au cours desquelles 102 inculpés ont été jugés. La gravité des actes commis ressort du fait que 58 personnes ont été condamnées à des peines de réclusion allant de vingt ans à un an, vingt à des peines d'emprisonnement de deux à un an sans sursis, et vingt-et-un à des peines d'emprisonnement de un an à six mois avec sursis. Trois accusés seulement ont été acquittés. Beaucoup des principaux accusés étaient en main de la justice fédérale et sont actuellement en prison. Un certain nombre ont passé à l'étranger et ont été jugés par contumace. Les dossiers révèlent le caractère particulier de ces instances.

On est frappé tout d'abord de la qualité intellectuelle — si l'on peut parler ainsi — des coupables: docteurs en droit, en médecine, en sciences politiques, en philosophie, avocats, journalistes, ingénieurs, hôteliers, instituteurs, artistes-peintres, etc. Il s'agit là d'hommes qui avaient été conquis par les doctrines hitlériennes et pangermanistes et professaient des opinions raisonnées extrêmement dangereuses.

On est frappé ensuite de l'activité d'hommes comme Riedweg, Keller, Georges Oltramare, qui sont entrés en rapports directs avec les plus hautes autorités allemandes et qui ont collaboré avec elles de la façon la plus active.

Enfin, les dossiers révèlent, d'une façon plus précise qu'auparavant, les méthodes de travail des organes allemands. Tandis que certains organes politiques restent assez prudents et ne semblent se servir de nos compatriotes qu'avec une certaine réserve, craignant de nuire aux rapports officiels des deux gouvernements, d'autres organes, spécialement dans la main du Führer, comme les S. S., jouent un rôle actif constant. La liste impressionnante qui se trouve à la fin de la page 5 du rapport indique combien d'organes différents, parmi lesquels la Gestapo et la Centrale S. S., s'occupaient spécialement de la Suisse pour préparer des mesures de violence, de coercition ou de pression à son sujet. Des bureaux spéciaux pour la Suisse existaient aux services de sécurité à Stuttgart et à la centrale germanique, avec un bureau spécial portant le nom de la Suisse.

Votre commission, pour étudier l'objet qui lui était confié, s'est réunie sous la présidence de M. Schmid-Oberentfelden, les dimanche 16, lundi 17 et mardi 18 janvier à Locarno, à l'Hôtel Esplanade. Le dimanche, les conseillers nationaux ont étudié le matériel apporté par le parquet fédéral; le lundi et le mardi les délibérations ont eu lieu à l'hôtel en présence de M. de Steiger, conseiller fédéral, chef du Département fédéral de justice et police, du Dr Lüthi, procureur général de la Confédération et de quelques-uns de ses collaborateurs, comme M. Dubois, qui fut procureur au procès Oltramare-Fonjallaz.

Comme sources, la commission a eu à sa disposition le rapport, chacun des arrêtés rendus, les actes d'accusation, les rapports du juge d'instruction et plusieurs pièces à conviction. A ces documents sont venues s'ajouter des sources nouvelles nées des recherches faites par les Alliés après la capitulation de l'Allemagne dans les chancelleries du Reich. Ces documents ont été mis obligeamment à la disposition de la Suisse pour l'éclairer sur les dangers qu'elle avait eus. Parmi les témoins, on constate que la police fédérale a pu interroger plusieurs des agents actifs allemands, qui n'avaient plus aucun scrupule à révéler tous leurs secrets. Le Tribunal fédéral lui-même a entendu Huegel, venu comme témoin avec un sauf-conduit. Il est un peu troublant de constater que ces personnages allemands qui travaillaient professionnellement à notre étranglement sont devenus postérieurement les auxiliaires de la justice fédérale.

Nous n'avons pas l'intention ici de paraphraser le rapport extrêmement complet du Conseil fédéral du 30 novembre 1948. Nous nous bornerons simplement à faire ressortir ce qu'il y a de plus vivant dans tous ces exposés.

Les pièces nouvelles révèlent tout d'abord la place de la Suisse dans les plans hitlériens. Il est évident que l'Allemagne, qui a occupé dès 1938 l'Autriche et le pays des Sudètes, qui s'est emparée, le 15 mars 1939, de la Tchécoslovaquie, qui a attaqué, en septembre 1939, Danzig et la Pologne,

qui a envahi, en 1940, le Danemark, la Norvège, les Pays-Bas, la Belgique, le Luxembourg et finalement la France, qui, en 1941, a occupé les pays balkaniques et, au mois de juin, est entrée en guerre contre l'U.R.S.S., avait assez de sujets de préoccupations pour ne pas s'occuper d'emblée de la Suisse, armée jusqu'aux dents, avec des effectifs qui sont allés de mai 1940 à 1943 de 500 000 à 800 000 hommes. Seules des considérations stratégiques pouvaient, au début, entraîner l'Allemagne contre la frontière suisse. Mais avec l'envahissement de la plus grande partie de l'Europe, le III^e Reich prétendait reconstituer un nouvel Empire de Charlemagne, une Europe impériale dirigée par le peuple élu des seigneurs. Par un mélange fort indigeste des anciennes idées de la littérature pangermaniste et des nouvelles théories hitlériennes, on voulait organiser l'Europe sous le règne des Germains en procédant en même temps à l'élimination radicale des Israélites et à l'affaiblissement de toutes les nationalités slaves et welsches.

Avec un pareil plan, il était évident que la Suisse ne pouvait rester indépendante au milieu du nouvel empire. Elle devait, à un moment ou à un autre, être intégrée dans ce système idéologique radical absolu. Il semble cependant que les dirigeants du Reich ont continuellement hésité entre des solutions assez différentes: le partage entre la France et l'Allemagne du territoire suisse, une incorporation totale à l'empire, un régime de vassalité plus ou moins prononcé. On envisageait quelquefois des solutions plus modérées avec une fédération des Etats satellites autour de l'Allemagne. On parlait alors d'une «hollandisation» de la Suisse. Pour atteindre ces buts — tous désagréables mais encore imprécis — des moyens divers étaient envisagés: la guerre-éclair, la pression politique ou même une certaine politique d'attente qui considérait que le fruit tomberait tout naturellement après la victoire complète des armées allemandes. C'est alors que, dans les milieux S. S. on appelait la Suisse sur un ton ironique «Eine Wartegau».

Les paroles les plus décisives contre la Suisse ont été prononcées par Himmler en janvier 1944, à Königsberg. Himmler parlait alors d'une absorption totale de la Hollande, de la Norvège et de la Suisse par la grande Allemagne. Il est vraiment extraordinaire de voir ce puissant chef prononcer des paroles pareilles en janvier 1944, après les cuisantes défaites des Allemands à Stalingrad et à El Alamein et après le débarquement américain d'Alger, après la liquidation de l'«Afrikakorps», après les débarquements en Sicile et à Naples. On réalise par là combien longtemps les chefs ont conservé des illusions, ou ont cru tout au moins nourrir les illusions de leurs troupes.

Pendant que les plans politiques officiels allemands à l'égard de la Suisse subissaient ainsi des évolutions diverses, nos traîtres suisses étaient encore plus zélés que leurs maîtres, encore plus pressés qu'eux, et tout au long du rapport on les voit échauffer leurs théories pangermanistes criminelles.

Si l'on examine les grandes lignes de l'action des traîtres condamnés par le Tribunal fédéral, on met tout de suite de côté un chapitre spécial, celui de l'histoire du triste trio groupé autour de Georges Oltramare.

Georges Oltramare quitte la Suisse sous prétexte d'un séjour en Italie; il passe le Brenner; traverse l'Allemagne et arrive à Paris dans les camions d'Hitler. Le régime semble le prendre assez au sérieux, et sous les noms successifs de Diodati et de Dieudonné, il fournit à Paris son travail de propagande entremêlé de calomnies contre la Suisse. Le Reich a utilisé là des dévoyés qui lui sont tombés sous la main et qui ont accepté de se mettre à sa solde, mais ce n'est qu'un axe collatéral de l'action principale.

Le mouvement le plus important se trouve dans la «Nationale Bewegung der Schweiz», avec la figure dominante de Keller. Keller est le type du national-socialiste convaincu, armé de la volonté bien arrêtée de s'employer à la création d'un nouvel ordre européen qui s'appliquerait également à la Suisse. Il ne désire pas une complète incorporation, mais accepte que le pays joue le rôle d'un Etat vassal. Il a l'ambition du pouvoir et il espère que le Reich l'aidera, lui-même et ses co-associés, à être maître de la Suisse. La défaite de la France, en juin 1940, lui donne l'impression que son heure est venue et qu'il va avec les Bühler, les Wechlin et les Maag, jouer un rôle de premier plan: la victoire de l'Allemagne est assurée et l'on peut se risquer à une action audacieuse. Au mois de septembre, Keller obtient audience de Hess, remplaçant de Hitler, qui n'est pas encore parti en avion pour l'Ecosse et qui fait encore figure du deuxième personnage du Reich. Keller visite de nombreuses personnalités et les organes allemands prennent l'habitude de le traiter comme l'homme de confiance du mouvement national-socialiste suisse. C'est lui qui fait des propositions sur l'organisation du mouvement qui livrera la Suisse à l'Allemagne. Le 10 octobre 1940, une conférence réunit les organes allemands et suisses à Munich et l'on tire des plans importants.

Keller n'ira quand-même pas aussi loin qu'il le suppose: deux catégories de faits très différents viennent compliquer sa tâche.

Le 19 novembre 1940, le Conseil fédéral, très heureusement, proclame l'interdiction du mouvement dirigé par Keller. De vastes opérations de police sont menées, qui rendent le travail plus difficile. Cette date du 19 novembre 1940 est importante, car elle révèle que le Conseil fédéral, à l'époque, a agi avec audace, interdisant un mouvement sur lequel il n'était en somme encore qu'assez imparfaitement renseigné et dont il ignorait encore toute la profonde criminalité.

L'autre élément de fait qui paralyse l'activité de Keller consiste dans les invraisemblables disputes entre nationaux-socialistes suisses. Keller a un rival en la personne de Burri, et le rapport est plein des querelles — qu'on peut bien appeler des querelles d'Allemands — de ces deux citoyens suisses qui aspirent chacun à avoir la confiance des autorités du Reich. C'est une chance pour notre pays que ces personnages, sans doute un peu déséquilibrés, n'aient jamais pu se mettre d'accord et se soient continuellement tiré dans les jambes. On remarquera que les autorités allemandes cherchent constamment une formule qui leur évite ces disputes, mais en somme cette formule n'a jamais été trouvée.

Pour en revenir aux actes mêmes de trahison, on remarquera à quel point, pénalement, la conférence convoquée à Munich le 10 octobre 1940 par les autorités allemandes, présidée par un de leurs représentants, constitue une immixtion grave de l'Allemagne hitlérienne dans les affaires de la Confédération. Des conférences de ce genre justifient hautement les arrêts de la Cour pénale fédérale qui condamnent ces personnages pour atteinte à l'indépendance de la Confédération en application de l'article 266, chiffre 1, du code pénal.

Les opérations de police commencées par l'interdiction du 19 novembre 1940 furent poursuivies d'une façon encore beaucoup plus active au printemps 1941 par une vaste opération menée à la fois par les polices fédérale et cantonales le 10 juin 1941. L'opération de police fut bien menée et elle suscita de l'émotion et de l'indignation dans les services allemands. Le Département de justice et police dut expliquer au représentant de l'Allemagne à Berne de la façon la plus catégorique qu'il ne s'agissait pas de poursuites pour délit d'opinion, mais de poursuites contre des personnes dont les actes menaçaient l'indépendance de la Confédération. Voici ce que dit la note de M. de Steiger, conseiller fédéral:

« Il y a malheureusement des canailles et des gens qui, par faiblesse de caractère, se sont engagés dans la mauvaise voie sous prétexte de comprendre et d'adopter des idées nouvelles. Chaque Suisse n'a pas l'indépendance de jugement et la fermeté nécessaires pour ne pas perdre pied en s'intéressant à d'autres formes d'Etat et à d'autres idées; on commence par des marques de sympathie et on finit par la trahison. »

A côté de l'action principale menée par le mouvement national de la Suisse sous la direction de Keller, les procès ont révélé beaucoup de détails sur des actions dépendantes et indépendantes:

a) Une action économique a été menée pour fournir des fonds au mouvement. Keller avait fondé la société anonyme E.P.R.O., qui s'occupait d'exportation de produits suisses et d'importation de produits étrangers. Il engagea dans cette société des membres de son mouvement.

b) Nous avons déjà vu en 1946 l'école de Kilchberg qui, sous la direction de Maag, devait former des cadres sûrs prêts à la lutte. La Suisse était alors divisée en cinq circonscriptions ayant chacune leur chef.

c) Par ailleurs, on avait fondé une société d'escrime pour couvrir, après l'interdiction, l'activité illégale des membres du mouvement.

Après les grandes opérations de police de juin 1941, beaucoup de ces activités passèrent en Allemagne. On ne saurait trop insister sur l'importance de cette manœuvre suisse du 10 juin 1941 qui amena la fuite des cinq dirigeants et qui eut évidemment des effets durables. Les services du Reich durent user de beaucoup plus de prudence et montrer quelque temps plus de retenue dans leur activité à l'égard de la Suisse. Avec un certain cynisme, les organes allemands laissèrent tomber les milieux nationalistes suisses. Tout cela ne signifie pas que les autorités du Reich ne se soient alors très activement occupées de nous. Les procès nous ont révélé l'activité du service de sécurité à

Stuttgart avec le rassemblement d'archives et de documentation. Des fiches furent établies sur les personnalités dirigeantes de la Suisse: leur nombre était de 1000 au début; il passa à quelque 3000 grâce à l'apport de la Gestapo; à la fin de la guerre, le nombre de ces fiches était d'environ 15 000. A côté de ces fiches il y avait 1800 dossiers personnels. Si l'armée allemande était entrée en Suisse, les commandants de troupes auraient reçu, chacun pour son secteur, les parties du fichier qui le concernaient, et nous savons à quelle mesure d'épuration et d'internement dans des camps on serait appliqué. Beaucoup d'entre vous, messieurs, auraient eu le plaisir de recevoir la visite nocturne de la Gestapo avec toutes ses suites.

Au cours de l'année 1944, l'Allemagne semble avoir de nouveau intensifié son action. Les rencontres avaient lieu près de la frontière pour échanger des renseignements. C'est là qu'on trouve les Meyer, les Barwisch; ce dernier personnage, Autrichien d'origine, avait été naturalisé en 1931 et était avocat à Davos depuis 1929. Barwisch avait de hautes relations et avait été présenté à Seiss Inquart, le célèbre organisateur de l'incorporation de l'Autriche au Reich. Barwisch a été condamné à vingt ans de réclusion et nous sommes heureux de savoir qu'il purge actuellement sa peine dans une prison suisse.

Une autre figure importante de ce mouvement est celle de Riedweg, citoyen suisse, qui travaillait comme un véritable fonctionnaire du régime. Il était « Obersturmbannführer » et semblait avoir une influence réelle sur Himmler et Berger. On nous a montré sa photographie en uniforme du Reich.

Il semble bien que dans cette période de 1944, les affaires se passent de plus en plus loin des autorités politiques régulières et des délégations, et sont traitées avant tout par les éléments les plus violents, c'est-à-dire les organes S. S. Le chapitre du rapport fédéral, page 33, sur la centrale germanique du quartier général S. S., est particulièrement suggestif.

C'est là qu'on trouve cette centrale S. S., appelée « maison du Panorama », qui devint surtout un centre de recrutement de soldats S. S. Par les menaces ou les promesses de futures bonnes places en Suisse, on a engagé des malheureux dans des troupes qui souvent allaient se faire tuer dans les plaines de Russie.

Avec la Ligue des Suisses dans la Grande Allemagne, on assiste vis-à-vis de la colonie suisse à une de ces nombreuses actions par lesquelles l'Allemagne, dans toute l'Europe — en France aussi — a cherché à créer des légions et des légionnaires. C'est là qu'on voit un essai manifeste de tromper les Suisses d'Allemagne et de les engager dans les rangs des troupes allemandes.

Nous devons constater que nos colonies ont, d'une manière générale, très bien résisté aux sollicitations qui leur étaient adressées, puisque le nombre des Suisses engagés n'a pas dépassé 2400. C'est déjà beaucoup.

Un élément qui frappe, lorsqu'on lit le rapport, c'est la parcimonie, l'avarice relative des organes allemands vis-à-vis de ces organisations qui cherchaient à atteindre les Suisses d'Allemagne. Frei, l'un des agents les plus actifs, touchait un salaire

mensuel de 600 marks; les frais de circulaires se montaient de 600 à 800 marks par mois, et d'autres frais généraux ascendaient à 200 ou 300 marks par mois. Les cours spéciaux de formation étaient supportés directement par l'état-major S. S. L'organisation et la poursuite de ce mouvement d'englobement de nos compatriotes dans ces organisations purement hitlériennes sont une des plus vilaines et des plus noires pages de l'action de l'Allemagne à notre égard. On aboutit à créer des troupes de choc, avec le Sturm I, le Sturm II, le Sturm III. C'est l'époque de la fièvre finale de l'Allemagne hitlérienne, avec l'esprit de violence et d'agressivité qui s'est signalé avant tout depuis le débarquement des Alliés en juin 1944, lorsque la partie a pu être jugée perdue. A ce moment les théories qui sont faites dans ces milieux n'ont plus rien de doctrinal, et les centres S. S. envisagent, avec des nationaux-socialistes suisses comme Benz, des mesures radicales.

On remarquera, dans le programme qui se trouve à la page 69, le numéro 6, qui consistait à anéantir, en liaison avec l'état-major S. S., tous les ennemis du Reich. Il s'agissait en l'occurrence de faire fusiller ou de placer dans des camps de concentration les ennemis de l'Allemagne sitôt après l'occupation de la Suisse. Le fichier tenu à jour par Wirth, devait servir à diriger cette épuration. A ce moment, dans ces milieux surchauffés, on établit déjà la liste des nationaux-socialistes suisses qui aideront à prendre le pouvoir en Allemagne. Une quarantaine d'Allemands et de Suisses sont destinés à exercer des fonctions publiques en Suisse.

Il est intéressant de constater qu'encore le 27 novembre 1944, cette opération — appelée opération S — fut étudiée dans tous ses détails. On parla de l'organisation politique et policière de la Suisse pour le cas d'un coup d'Etat ou d'une attaque militaire. On envisagea la création d'une troupe suisse de corps de police de cinquante à cent hommes. Les Suisses qui combattaient sur le front oriental auraient été ramenés en Allemagne pour participer à l'action. Dans les plans de cette époque, on retrouve encore des propositions relatives au problème juif, aux partis politiques, à la haute finance, à la franc-maçonnerie. On devait mettre la propriété des juifs au service du peuple, liquider les partis politiques et fixer une représentation nouvelle des intérêts dans les conseils législatifs des cantons et de la Confédération. Les sociétés, les associations, les syndicats suisses étaient tous répertoriés. La carte de la Suisse devait être révisée et notre pays divisé en huit arrondissements, gouvernés chacun par un Kreisleiter. Le fonctionnaire supérieur de la Suisse aurait été un Allemand.

Nous ne citerons que pour mémoire le chapitre très intéressant sur l'activité de Keller pour assurer à l'Allemagne tous les avantages de notre économie électrique.

L'entrevue du 10 septembre 1940. — Par un vote de majorité, la commission a décidé que ses rapporteurs reviendraient sur la question de l'entrevue que le président de la Confédération a accordée le 10 septembre 1940 à MM. Schaffner, Hofmann et Keller. Puisque le rapporteur de langue allemande a parlé de cet objet, je me vois obligé d'y revenir aussi; pour éviter tout malentendu et

toute équivoque, je serai obligé d'entrer dans quelques détails.

Lorsque le président de la Confédération, chef du Département politique fédéral, a reçu trois nationaux-socialistes, le 10 septembre 1940, au palais fédéral, le Conseil fédéral a été vivement critiqué, notamment du côté de la presse socialiste. Avec le procès Keller, l'affaire est de nouveau sortie des ombres du passé pour deux raisons:

1. Keller est apparu sous son vrai jour. Sa conduite criminelle à l'égard de la Confédération est pleinement ressortie du procès jugé le 3 juillet 1948.

2. Keller, au cours des interrogatoires qu'il a subis, a raconté qu'il avait eu, encore quelques jours après le 10 septembre, une entrevue au domicile de M. le conseiller fédéral Marcel Pilet-Golaz, au Scheuerrain, et que celui-ci l'avait chargé d'un message pour Hess, suppléant éventuel du Führer.

On est donc revenu sur les faits.

Ces faits sont tout d'abord connus par une déclaration que le Conseil fédéral a faite une semaine après l'entrevue, soit le 18 septembre 1940. Il ressort du texte de cette déclaration que Schaffner, considéré alors comme un des plus grands écrivains suisses, avait requis audience auprès de M. Pilet-Golaz; le conseiller fédéral en avait parlé à ses collègues, et c'est avec l'accord du gouvernement qu'il a reçu les trois: Schaffner, Hofmann et Keller. Ceux-ci ont déclaré qu'ils se plaçaient sur le terrain d'une Suisse indépendante et libre, qu'ils ne recevaient pas d'argent de l'étranger et qu'ils entendaient rester sur le terrain strict du droit public. M. Pilet-Golaz leur a demandé alors de confirmer ces déclarations par écrit, ce qu'ils ont fait quelques jours après. Lors de leur départ, ces messieurs ont émis le vœu de pouvoir faire un communiqué. M. Pilet-Golaz leur a alors enjoint de dire simplement qu'ils avaient été reçus et qu'ils avaient exposé leurs vues. Un communiqué beaucoup plus vaste fut établi par le trio sans que M. Pilet-Golaz ait été de nouveau consulté. Quelques minutes après la séance (l'entrevue avait eu lieu à 16 h. 30, la séance du Conseil fédéral à 17 h. 30), rapport fut présenté par le chef du Département politique au Conseil fédéral. Dans sa déclaration du 18 septembre, le Conseil fédéral précisait que l'entrevue n'avait eu lieu qu'*ad audiendum* et qu'il continuait à poursuivre d'une façon catégorique la politique proclamée par la déclaration solennelle du gouvernement du 30 août 1939.

Lorsque Keller fut arrêté et revint sur l'incident, le Département politique pria M. Pilet-Golaz, ancien président de la Confédération, de ne pas venir comme témoin et de présenter seulement un rapport officiel, qui fut envoyé par le Département politique lui-même au Tribunal fédéral. Dans son rapport, M. Pilet-Golaz confirme qu'il n'a reçu le trio qu'*ad audiendum* et qu'il n'a engagé la conversation qu'après avoir reçu la déclaration catégorique que ses interlocuteurs ne recevaient ni instructions, ni mots d'ordre, ni argent de l'Allemagne. Quatre jours après, raconte M. Pilet-Golaz, M. Keller, sans y avoir été préalablement invité, vint le voir à son domicile du Scheuerrain. Il tenait à le prévenir qu'il allait se rendre en Allemagne,

qu'il y rencontrerait le remplaçant du Führer et qu'il désirait savoir si le président de la Confédération avait un message à lui faire tenir. La réponse fut évidemment — elle ne pouvait être que négative — : «Aucune communication quelconque à transmettre.» M. Pilet-Golaz ne revit jamais Keller.

Au cours de son interrogatoire du 22 octobre 1946, Keller raconta l'entrevue du 14 septembre à sa façon, en disant que M. Pilet-Golaz l'avait convoqué à un entretien au moment où il allait quitter la salle, le 10 septembre. M. Pilet-Golaz lui aurait fait part de ses soucis et aurait donné son accord pour que Keller fasse son possible pour aider à rétablir des rapports officiels entre les deux Etats.

Le Tribunal fédéral, dans son arrêt du 3 juin 1948, relate rapidement, dans un état de faits, l'histoire des entrevues des 10 septembre et 14 septembre 1940. Il semble admettre le récit de Keller et dit entre autres :

«Le président de la Confédération pria Keller de se rendre inofficiellement en Allemagne et de chercher à ce que les autorités suisses puissent entrer de nouveau en rapports avec les autorités allemandes; et qu'ainsi les rapports deviennent meilleurs.»

Quelques-uns de nos collègues ont relevé cette contradiction entre la déclaration du Conseil fédéral et le rapport de M. Pilet-Golaz, d'une part, l'état de fait du Tribunal fédéral, d'autre part.

J'ai rempli mon devoir de rapporteur. Vous me permettrez maintenant d'ouvrir une parenthèse et de donner sur cette apparente contradiction mon opinion personnelle.

Il va sans dire que les milieux qui ont vivement critiqué l'entrevue du 10 septembre ont marqué un point lorsqu'il est apparu que Keller était un criminel et que M. Pilet-Golaz l'avait encore reçu le 14 septembre à son domicile. Ce petit succès dans les critiques ne nous permet cependant pas de laisser passer celles-ci et il appelle les observations suivantes :

1. M. Pilet-Golaz, en recevant MM. Schaffner, Hofmann et Keller, avait agi en plein accord avec le Conseil fédéral, et le résultat de l'entrevue a été communiqué le soir même à ses collègues. On ne peut parler de politique particulière de M. Pilet-Golaz.

2. Schaffner était à l'époque considéré par son roman *Johannes* comme l'un des plus grands romanciers suisses. Son orientation du côté des idées pangermanistes n'empêchait pas qu'on pût considérer qu'il méritait cependant une certaine audience. La Suisse était depuis quelques semaines entièrement entourée par les forces du Reich et il paraissait normal qu'un magistrat chargé de juger de l'ensemble de la situation cherchât à se rendre compte de la mentalité de ceux qui paraissaient les plus favorables à la puissance du jour. Lorsque le peuple ou les Chambres désignent un magistrat, ils lui laissent de toute évidence une certaine liberté dans l'exercice de ses responsabilités, et le Conseil fédéral était bien en droit d'écouter quelques instants des témoins d'une tendance qui pouvait jouer un certain rôle dans le pays. Lorsque Schaffner introduisait avec lui MM. Keller et Hofmann, on ne pouvait pas se représenter quel personnage était Keller, qui cachait bien son jeu

sous son masque de docteur ès sciences économiques et d'ingénieur.

3. Le Tribunal fédéral n'a jamais eu à porter un jugement juridique sur les entrevues des 10 et 14 septembre 1940. Il semble que son texte, au n° 6, est un simple mémorandum au cours duquel on n'a même pas cherché à mettre en balance la version de M. Pilet-Golaz et celle de Keller. Le récit a été fait purement et simplement par le rédacteur de l'arrêt sur la base de l'audition de Keller. La parfaite loyauté de M. Pilet-Golaz dans toute l'affaire de septembre 1940 laisse supposer que Keller s'est vanté pour se faire valoir. On ne se représente pas très bien le président de la Confédération chargeant Max Keller, d'Aarau, Sarmentorf et Olsberg, d'une mission vis-à-vis d'une des personnalités les plus importantes du Reich.

4. M. Pilet-Golaz a supporté, de 1939 à 1944, une charge écrasante en menant avec l'Allemagne des négociations extraordinairement difficiles. Il mérite la reconnaissance du pays, et non pas des critiques à cause d'un des milliers d'incidents qu'il a dû régler les uns après les autres, alors que la Suisse était entièrement entourée par les puissances de l'Axe. Entre la version d'un traître et celle d'un bon magistrat, le doute n'est pas permis.

Nous nous dispenserons, au cours de ce rapport, de commenter l'intéressant chapitre 12 consacré aux arrêts de la Cour pénale fédérale, avec un commentaire des différentes dispositions du code pénal et du code pénal militaire appliquées par la Cour pénale fédérale. Le principe de la séparation des pouvoirs nous dispense de porter un jugement sur les monuments juridiques que constitue chacun des arrêts. Si le parlement est revenu sur ces procès, ce n'est pas pour critiquer ou approuver des décisions de justice qui se défendent d'elles-mêmes; c'est pour se rendre compte des constatations de faits qui sont sorties de l'instruction et des audiences de notre haute instance fédérale. Nous arrivons ainsi à la fin de ce rapport et nous pouvons, comme conclusion, relever deux constatations importantes :

Tout d'abord, les grands dangers courus par la Suisse du fait de la collaboration des Suisses nationaux-socialistes avec les autorités allemandes, sortant toujours plus de la légalité pour préparer la perte de notre indépendance et notre absorption dans le grand Reich.

Ensuite, nous pouvons, comme nous l'avons fait lors de notre rapport du 9 octobre 1946, rendre hommage à l'activité de nos autorités et à celle de la police fédérale et des polices cantonales. Même si l'on voulait formuler quelques critiques sur tel ou tel épisode de la lutte contre le gouvernement suisse et ses organes, et les organismes allemands aptes à nous nuire, on ne doit pas oublier un instant qu'au cours de six années de guerre, de 1939 à 1945, nous avons échappé à tous les périls conjugués contre nous. Le résultat est là, et ce serait une erreur de vouloir chercher chicane sur telle ou telle affaire à ceux qui ont mené le navire de l'Etat suisse au port de 1945.

Mais aujourd'hui, en 1949, la grande leçon à tirer de tout le matériel documentaire venu à notre disposition est celle-ci :

Lorsqu'en Europe ou dans le monde, un régime dictatorial, ou impérialiste, ou totalitaire, cherche à réaliser, ou bien des ambitions de conquêtes territoriales, ou bien des ambitions de conquêtes idéologiques, nous avons à considérer que ce régime emploiera n'importe quel moyen, et que nous devons mettre tout en œuvre pour conserver notre indépendance et notre patrimoine national. Le danger que nous courons ne vient pas seulement des traîtres qui cherchent à livrer à l'étranger des secrets militaires, il vient aussi de tous ces personnages douteux, de toutes professions, intellectuels, journalistes, docteurs de toutes les facultés qui, poussés par la misère, par l'ambition ou par une formation psychique anormale, se mettent sans condition au service de l'étranger.

Puisque les régimes de conquêtes idéologiques ne sont pas morts en 1945 comme on avait pu l'espérer, et que bien au contraire d'autres forces agissent dans le monde pour diminuer l'autonomie des petits Etats, la vigilance est nécessaire. Il ne s'agit pas seulement de prendre quelques coupables en flagrant délit de trahison. Il s'agit de savoir prendre des mesures préventives et d'empêcher la nuisance de ceux qui, dans l'ombre, songent à notre perte. Quel que soit notre peu de sympathie pour les mesures policières, nous devons bien constater que les Etats qui veulent sauver la liberté de leurs membres et l'indépendance du pays doivent savoir aussi prendre des mesures de protection, de façon à ne pas être surpris par les événements.

Messieurs les députés, sachons agir et laisser agir dans le cadre de nos lois ceux qui doivent nous protéger. Nous devons souhaiter aussi que notre opinion publique reçoive une juste information sur les périls qui nous menacent.

Qu'une bonne éducation de la jeunesse, qu'une bonne instruction civique apprennent aux générations montantes toute la différence qui existe entre une démocratie respectueuse de la personne, fondée sur la liberté et la solidarité, et ces régimes monstrueux qui asservissent l'homme à la divinité-Etat et conduisent les peuples aux camps de concentration, aux travaux forcés, à la chambre des tortures et finalement aux coups du bourreau.

Que notre peuple sache, dans la ligne de nos traditions séculaires, garder sa force morale, son sens de la liberté, son courage, en face de ces menées toujours plus habiles et toujours plus insidieuses!

C'est par ce vœu que nous terminerons ce trop long rapport. (*Bravos.*)

Präsident: Die Kommission beantragt Ihnen, dankend und in zustimmendem Sinne vom Bericht des Bundesrates Kenntnis zu nehmen. Es ist der Antrag gestellt worden, die Berichte und die Diskussionen in das Stenographische Bulletin aufzunehmen. (Zustimmung. — *Adhésion.*)

Allgemeine Beratung. — *Discussion générale.*

Freimüller: Nach den ausführlichen Referaten des Kommissionspräsidenten und des welschen Referenten über die mehr allgemeinen Gesichtspunkte der durchgeführten Prozesse gegen die landesverräterische Tätigkeit von nationalsozialistischen

Schweizern möchte ich mir gestatten, einige spezielle Fragen aus dem für unser Land wenig rühmlichen Kapitel zur Sprache zu bringen.

Der vorliegende Bericht des Bundesrates über die Verfahren gegen nationalsozialistische Schweizer wegen Angriffen auf die Unabhängigkeit der Eidgenossenschaft ist nicht nur vom historischen, sondern auch vom rechtlichen Gesichtspunkt aus aufschlussreich und zeigt, wie der Bundesrat in Zeiten höchster Gefahr mit Hilfe des Notrechtes den landesverräterischen Umtrieben Einhalt gebieten konnte. Als entscheidende Massnahme ist das vom Bundesrat am 19. November 1940 erlassene Verbot der Nationalen Bewegung der Schweiz, Mouvement national suisse, zu erwähnen. Die damit im Zusammenhang stehende Polizeiaktion, welche am 10. Juni 1941 im ganzen Land durchgeführt wurde, war ebenfalls eine mutige Tat. Wie wäre es mit der Unabhängigkeit unseres Landes bestellt, wollte man in solchen Augenblicken aus formalen Gründen nicht zu solchen Beschlüssen stehen? Die Voraussetzung, um solche für die Existenz unseres Landes wichtigen Entscheidungen treffen zu können, bedingte, dass die Bundesbehörden und die Armee entsprechendes Beweismaterial gegen landesverräterische Umtriebe rechtzeitig besitzen mussten. Hier haben die Nachrichtensektionen der kantonalen und städtischen Polizeikorps unserem Lande ausserordentlich grosse Dienste erwiesen, die ich hier neuerdings erwähnen möchte. Die Lehre aus den soeben geschilderten Feststellungen wird die sein, dass allenfalls später nötig werdende Ermittlungsverfahren gegen antidemokratische Umtriebe nicht nur einzig durch einen erweiterten, zentralisierten Polizeidienst der Bundesanwaltschaft, sondern wie bis anhin auch bei den Kantonen und Gemeinden dezentralisiert bleiben sollte. Auch dürften die Nachrichtenstellen der militärischen und zivilen Behörden nicht in einer Hand vereinigt werden. Nur auf diese Weise wird es in unserem föderalistischen Staate möglich sein, dass das gesamte Volk wachsam bleibt und den beauftragten Nachrichtenstellen Vertrauen entgegenbringt.

Aus Seite 37 des zur Behandlung stehenden Berichtes ist unter anderem zu entnehmen, dass im sogenannten Panoramaheim in Stuttgart auch Namen von deutschlandfreundlichen, höheren Schweizer Offizieren gesammelt wurden. Warum konnten solche Meldungen überhaupt gemacht werden? Es entsprach leider der Tatsache, dass vor dem Krieg bis in das Jahr 1942 hinein einzelne Schweizer Offiziere mit den Zielen des Dritten Reiches sympathisierten, den verschiedenen schweizerischen Erneuerungsbewegungen als Mitglieder angehörten und sogar, allerdings in Einzelfällen, nach deren Verbot durch Zahlung von Beiträgen diese weiterhin unterstützten.

Auf Seite 213ff. des Berichtes des Generals über den Aktivdienst 1939/1945 ist aus den soeben genannten Gründen zu entnehmen, dass anfangs 1940 eine Untersuchung gegen politisch verdächtige Offiziere durchgeführt werden musste, welche Massnahme in gewissen Offizierskreisen als Gesinnungsschnüffelei empfunden wurde. Diese Untersuchung hatte sicher bei den meisten einvernommenen Offizieren die Wirkung, dass sie von der Unrichtigkeit ihrer früheren Anschauungen belehrt werden konn-

ten. Diese Belehrung scheint aber nicht bei sämtlichen 117 Offizieren, denen vom General nach der durchgeführten Einvernahme das Vertrauen ausgesprochen wurde, gefruchtet zu haben. Dies zeigt folgendes Vorkommnis, das sich vor nicht ganz dreiviertel Jahren, während des Strafprozesses gegen Max Leo Keller vor Bundesstrafgericht, in Luzern abspielte. Ich zitiere hier etwas, das in der Öffentlichkeit bekannt ist. Die „Berner Tagwacht“ schrieb dazu in Nr. 152 vom 2. Juli 1948:

„In Uniform erschien Oberstdivisionär Büttikofer, Waffenchef der Genie, der schon in früheren Jahren mit Keller befreundet war. Er ist persönlich der Überzeugung, dass Keller niemals fähig gewesen wäre, das Vaterland zu verraten. Eine politische Ader habe er von seinem Ahnen Augustin Keller sicher geerbt. Er schätzt trotz allem, was geschehen ist, Keller auch heute noch und hält ihm die freundschaftliche Treue. Bundesanwalt Dr. Lüthi liest ihm ein Schreiben vor, das Keller im Juni 1940 an ihn gerichtet hatte und worin er die schweizerische Regierung angriff, sie beschimpfte und verdächtigt machte. Oberstdivisionär Büttikofer stellte sich auf den Standpunkt, dass man sich die Situation von 1940 wieder vorstellen müsse, um zu verstehen, dass ihn das Schreiben nicht einmal so sehr erstaunt habe. Es habe damals in hohen und höchsten Offizierskreisen eine allgemeine Misstimmung geherrscht, die daraus hervorging, dass viele schweizerische Offiziere im Auftrag der Bundespolizei heimlich beobachtet wurden.“ (Es war nicht die Bundespolizei, sondern der Sicherheitsdienst der Armee, der diese Untersuchungen durchzuführen hatte.) Ich habe in der Kommission, welche zum vorliegenden Bericht Stellung zu nehmen hatte, die Frage an Herrn Bundesanwalt Dr. Lüthi gestellt, ob er dieses unkorrekte Verhalten von Oberstdivisionär Büttikofer in der Eigenschaft als Zeuge im Prozess Keller bestätigen könne, was der Bundesanwalt unter zwei Malen in der Kommission ausdrücklich feststellte.

Wenn man weiss, dass Oberstdivisionär Büttikofer seinerzeit ebenfalls der Nationalen Front angehörte und noch am 8. Dezember 1942 als Abonnent der „Front“ figuriert, so sind zum mindesten einige Zweifel bezüglich der nur freundschaftlichen Treue zum Landesverräter Keller am Platze. Nach mir zugekommenen Mitteilungen soll sich inzwischen Oberstdivisionär Büttikofer bei den Herren Bundesräten Kobelt und von Steiger für dieses unkorrekte und die Armee schädigende Verhalten als Zeuge im Prozess Keller entschuldigt haben. Ich nehme von dieser Entschuldigung Kenntnis in der Annahme, dass nun die erforderliche Einsicht auch bei diesem Instruktionsoffizier eingekehrt ist.

Wenn ich diesen Fall hier erwähne, so nicht deshalb, um Kritik am schweizerischen Offizierskorps zu üben, im Gegenteil, ich bin überzeugt, dass mit geringen Ausnahmen der schweizerische Offizier eine absolut saubere Gesinnung besitzt und jederzeit bestrebt ist, seine Pflicht unter allen Umständen und in jeder Lage restlos zu erfüllen. Wenn wir aber aus den Geschehnissen des letzten Weltkrieges etwas lernen wollen, und das ist unsere Pflicht, so sollte der Bundesrat bei der Ernennung höherer Offiziere nicht nur auf die militärische Qualifikation, sondern ebenso sehr auf die Gesinnung und Verbundenheit

der Personen mit dem Volk, den Behörden und den staatlichen Einrichtungen abstellen. Man kann sich auch beim besten Willen des Eindruckes nicht erwehren, dass einzelne, auch höchste Offiziere sehr weltfremd sind und sich für das politische Geschehen in unserem Lande überhaupt nicht oder nur sehr einseitig interessieren. Wie hätte sonst unter anderem Leonhard an einer öffentlichen Versammlung vor dem Krieg unser Parlament als Schwatzbude bezeichnen können. Ich erinnere auch an die Erfahrungen, die in unserem Lande aus dem Jahre 1798 überliefert sind. Alles das sind unerfreuliche Fehler, die uns eines Tages schwere Schäden zufügen könnten. Wie wäre es sonst möglich, dass ein sonst überaus tüchtiger Offizier wie Oberstdivisionär Büttikofer nach den gefällten Todesurteilen gegen Landesverräter in der Schweiz, nach der Behandlung der Motion Boerlin über antidemokratische Umtriebe, nach dem Bericht des Generals über den Aktivdienst 1939/1945 und dem über die Tätigkeit der Presse während der Kriegsjahre als Zeuge vor dem Bundesstrafgericht noch anfangs Juli 1948 die Erklärung abgeben konnte, dass Max Leo Keller es kaum zustande gebracht hätte, unser Land zu verraten. Die Tatsache, dass Herr Büttikofer in Uniform vor Gericht erschien, obschon er sich als Zeuge über Keller als Privatperson zu äussern hatte, zeigt mit aller Deutlichkeit, wie ungeschickt und weltfremd hier gehandelt wurde.

Wenn der Chef des Generalstabes in seinem Bericht über den Aktivdienst 1939/1945 auf Seite 467 unter anderem sagt: „Es wurde zu wenig beobachtet, dass in einem Volksheer der militärische Führer das volle Vertrauen seiner Untergebenen besitzen muss und dass dieses sich nicht nur auf militärische Tüchtigkeit, sondern auch auf die ganze geistige Haltung erstrecken muss“, so möchte ich diese Schlussfolgerung aus voller Überzeugung nur unterstützen.

Gütermann: Die beiden Referenten, mit besonderer Ausführlichkeit Herr Nationalrat Picot, haben auf einen Widerspruch hingewiesen, der uns Kommissionsmitgliedern beim Studium der Prozessakten aufgefallen war. Es handelt sich um die Frage, ob Herr Pilet-Golaz, der im Jahr 1940 Bundespräsident war, dem Landesverräter Max Leo Keller, bevor dieser nach Deutschland verreiste, einen quasi diplomatischen Auftrag gegeben hat, mit den deutschen Behörden in Kontakt zu treten, oder ob er einen solchen Auftrag nicht gegeben hat. Sie haben den Ausführungen der Berichterstatter entnehmen können, dass Herr alt Bundesrat Pilet-Golaz zu diesem Punkte vor Bundesstrafgericht als Zeuge nicht einvernommen werden konnte. Der Bundesrat hat vielmehr Herrn Pilet-Golaz um einen Bericht über jene Unterredung ersucht, und dieser Bericht ist dann dem Bundesstrafgericht als amtliches Aktenstück überwiesen worden. Herr Nationalrat Picot hat Ihnen bereits vorgelesen, was in diesem Bericht des Herrn Pilet-Golaz stand. Es steht hier mit aller Klarheit, auf die Frage des Max Leo Keller, ob er ihm nicht eine Botschaft nach Deutschland mitzugeben habe, habe der Bundespräsident geantwortet:

«La réponse fut évidemment et ne pouvait être que négative: «Aucune communication quelconque à transmettre».

Nun hat Max Leo Keller vor Bundesgericht das Gegenteil behauptet. Er hat behauptet, dass er am 14. September 1940 bei einem Gespräch in der Wohnung des Bundespräsidenten einen Auftrag erhalten hat, nämlich: sich in Deutschland dafür einzusetzen, dass die Verhältnisse zwischen den schweizerischen und den deutschen Behörden sich wieder verbessern möchten. Das Frappierende ist nicht etwa, dass hier zwei verschiedene Versionen nebeneinander existieren; sondern das Frappierende, das recht Ungewöhnliche und ich möchte sagen auch Peinliche besteht darin, dass das Bundesgericht in seiner Zusammenfassung der Vorgänge im Urteil vom 3. Juli 1948 die Version Max Leo Kellers ganz eindeutig bevorzugt und die Erklärung, die Herr Pilet-Golaz abgab, als nicht den Tatsachen entsprechend auf die Seite gelegt hat. Im bundesgerichtlichen Urteil steht wörtlich folgendes:

„Am 14. September 1940 wurde Keller vom Bundespräsidenten in dessen Wohnung nochmals empfangen. Keller äusserte sich, er werde nach Deutschland fahren und dort wahrscheinlich mit Reichsminister Rudolf Hess, dem Stellvertreter Hitlers, zusammenkommen. Der Bundespräsident bat Keller, sich in Deutschland inoffiziell dafür einzusetzen, dass die schweizerischen Behörden mit den deutschen wieder ins Gespräch kommen könnten und sich die Beziehungen zwischen ihnen verbesserten.“

Folglich hat das Bundesgericht, oder sagen wir vorsichtiger, derjenige Bundesrichter, der den Text des Urteils zu redigieren hatte, bei der Beweiswürdigung angenommen, dass die Darstellung von Max Leo Keller und nicht diejenige von alt Bundesrat Pilet-Golaz der Wahrheit entsprach. Sie werden begreifen, dass wir in der Kommission gern abgeklärt hätten, worauf sich das Bundesgericht bei diesem nicht leicht zu nehmenden Entscheid stützte. Herr Picot hat in seinem Referat gesagt: «Entre la version d'un traître et la version d'un bon magistrat, le doute n'est pas permis.» Ganz richtig, Herr Kollege Picot, aber nicht nur Herr Pilet-Golaz hat Anspruch darauf, als «bon magistrat» zu gelten, sondern diesen Anspruch können auch die Bundesrichter erheben, die das Urteil vom 3. Juli 1948 formuliert haben. Ich bin durchaus nicht dafür, dass man Herrn Pilet-Golaz in bezug auf diese Dinge noch einmal vor der Öffentlichkeit in die Diskussion zieht. Aber ich möchte nicht, dass das Bestreben, ihn zu schonen, so weit getrieben wird, dass darunter das Ansehen des obersten Gerichtes, des Bundesgerichtes, zu leiden hätte. Herr Nationalrat Picot hat gesagt, diese Darstellung im Urteil sei summarisch. Das gebe ich ohne weiteres zu. Aber ich glaube nicht, dass ein Bundesrichter in einem solchen Fall, wo die Aussage eines ehemaligen Präsidenten der Eidgenossenschaft der Aussage eines zu mehrjähriger Zuchthausstrafe zu verurteilenden Landesverrätters gegenübersteht, leichtfertig über die Sache hinweggeht; sondern er muss sich sorgfältig überlegt haben, was er tat und seine Kollegen ebenfalls. Wir haben uns infolgedessen in der Kommission bemüht, herauszubekommen, worauf sich diese Stellungnahme des Bundesgerichtes stützt. Wir haben in der Kommission Fragen gestellt. Zum Beispiel habe ich den Herrn Bundesanwalt gefragt: „Wurde im Prozess vor Bundesstrafgericht über

diesen Widerspruch gesprochen?“ Die Antwort lautete: „Nein“. Die Bundesrichter urteilen nicht nur auf Grund der mündlichen Aussagen, sondern sie urteilen auch auf Grund von Akten. Deshalb hat auch der Präsident unserer Kommission, Herr Nationalrat Schmid-Oberentfelden, die Frage gestellt: Lag vielleicht ein Aktenstück vor, auf das sich das Bundesgericht in diesem Punkt gestützt hat? Darauf erfolgte in der Kommission keine Antwort.

Der Punkt, der mich zwingt, heute das Wort zu ergreifen, ist folgender: In den zwei Kommissionsitzungen, die abgehalten wurden, wusste ich noch nicht, was ich später von zwei Ratsmitgliedern, von denen eines jetzt hier anwesend ist, erfuhr. Es wurde mir nämlich gesagt — und ich möchte den Herrn Vorsteher des Justiz- und Polizeidepartementes bitten, Auskunft zu geben, ob das zutrifft —, dass sich bei den Akten des Prozesses Max Leo Keller ein von diesem geführtes und nachher beschlagnahmtes Tagebuch befunden habe. Dieses Tagebuch hätte Max Leo Keller natürlich nicht für die spätere Anklagebehörde geführt, sondern für sich selbst. Die einzelnen Abschnitte dieses Tagebuches sind datiert und infolgedessen in ihrer Reihenfolge unvertauschbar. Es wird nun behauptet, dass Max Leo Keller unter dem unmittelbaren Eindruck des Gespräches, das er unter vier Augen mit Herrn Pilet-Golaz geführt hatte, die entsprechende Eintragung auch in dieses Tagebuch gemacht habe. Ich möchte nun wissen: Lag ein solches Tagebuch vor? War das der Punkt, den das Bundesgericht gewissermassen als eine Art Beweisstütze zugunsten der Aussage des Max Leo Keller betrachtete? Man kann also nicht sagen, dass das Bundesgericht die erwähnte Formulierung gewählt habe, lediglich „sur la base de l'audition de Keller“, sondern es muss offenbar noch ein weiterer Anhaltspunkt dafür vorhanden gewesen sein. Wir wären dankbar, wenn darüber Auskunft gegeben werden könnte. Ich bin an sich nicht geneigt, die Bedeutung dieser Diskrepanz und der ganzen Angelegenheit zu überschätzen. Ich möchte nur nicht, dass das Ansehen des Bundesgerichtes in Zweifel gezogen wird, dadurch, dass man sagt, es habe diese Formulierung leichtfertig vorgenommen.

M. Vincent: Nous n'aurions certainement pas pris la parole si les rapporteurs, aussi bien celui de langue allemande que celui de langue française, s'étaient strictement tenus au rôle qui leur était dévolu et s'étaient bornés à analyser les résultats des poursuites menées contre les Suisses nationaux-socialistes lors de la dernière guerre. Mais l'un comme l'autre, aussi bien M. Schmid que M. Picot, se sont livrés à des allusions que nous jugeons injurieuses et perfides à l'égard de notre parti et de notre mouvement... (*Vives protestations*)... Oui, je répète: que nous jugeons injurieuses et perfides à l'égard de notre parti et de notre mouvement. C'est mon droit de le dire et c'est encore mon droit de vous expliquer les raisons pour lesquelles je le pense et je le dis...

M. Gressot: C'est notre droit de protester!

M. Vincent: Eh bien, usez de votre droit, mais laissez-moi parler!

M. Schmid aurait dû être plus prudent lorsqu'il a parlé des communistes qui, pour une raison ou pour une autre se seraient ralliés au national-socialisme. Il s'est bien gardé de citer des exemples! Il devrait se souvenir pourtant que lorsque, pour la première fois, le Reichstag a siégé à l'opéra Kroll, après l'incendie mis en scène par Gœring, ses collègues politiques, assistaient à cette séance, alors que les députés communistes n'y étaient pas.

M. Schmid devrait se souvenir aussi que le 1^{er} mai 1933 a été fêté en commun par les syndicats hitlériens et par ceux que dirigeaient ses propres amis politiques, tandis qu'à ce moment-là Thälmann était déjà emprisonné, et qu'il fut d'ailleurs assassiné par la suite.

M. Schmid devrait se souvenir encore de l'attitude de Dimitrov devant le tribunal de Leipzig: C'est Dimitrov qui, en cette circonstance, a été le tout premier à dénoncer le régime national-socialiste.

Alors, permettez-nous d'être assez orgueilleux de ce qu'ont fait nos camarades dans la lutte contre le national-socialisme et le fascisme, non seulement à cette époque mais encore pendant la guerre, lorsqu'ils ont dirigé les mouvements de résistance dans tous les pays de l'Europe.

M. Schmid s'est engagé imprudemment aussi sur le terrain de la politique internationale. Il s'est lancé dans des allusions contre l'Union soviétique, il a parlé du partage de la Pologne.. Ah! c'est un langage commode et usuel, un langage commun! Mais qu'y a-t-il de vrai dans tous ces lieux communs? M. Schmid n'a oublié qu'un seul fait, c'est que l'entrée des troupes soviétiques en Pologne et même la conclusion du pacte de non-agression avaient été précédées d'une certaine conférence, tenue en octobre 1938 à Munich, à laquelle assistaient MM. Daladier, Chamberlain, Hitler et Mussolini, conférence à laquelle l'Union soviétique n'avait pas été conviée pour une raison très simple: c'est que l'on entendait diriger contre elle la colère et les ambitions du III^e Reich. A ce moment-là, elle était bien en droit — c'était même son devoir — de prendre ses précautions; elle les a prises en concluant le pacte de non-agression et elle les a prises...

Präsident: Ich möchte den Redner bitten, zu bedenken, dass wir den Bericht des Bundesrates diskutieren, und nicht internationale Politik.

M. Vincent: M. le président, je n'aurais pas à discuter ces questions si M. Schmid n'avait pas fait les allusions qu'il a faites et qu'il a faites, d'ailleurs, dans une intention bien précise et désobligeante à l'égard du mouvement auquel j'appartiens. Je suis en droit de dire qu'il ne devait pas faire ces allusions, qu'elles étaient déplacées et inopportunes, qu'elles étaient non seulement inutiles mais encore injurieuses; parce qu'enfin ce que vous reprochez à l'Union soviétique, M. Churchill l'a, au contraire, salué; oui, M. Churchill lui-même, celui que vous admirez et que suivent beaucoup d'entre vous: en octobre 1939, M. Churchill avait parfaitement admis que l'Union soviétique avait eu raison de préparer sa défense sur ce que l'on appelait alors la ligne Curzon. Vous avez donc très certainement eu tort, M. Schmid, de vous livrer à ces allusions.

Et M. Picot a fait de même en terminant son rapport. Il a usé d'une méthode que vous me permettrez tout de même de qualifier de malhonnête. (*Vives protestations, huées, tapage*) ... par des insinuations...

Präsident: Ich möchte den Redner ausdrücklich zur Ordnung rufen. Er hat sich gegenüber zwei Mitgliedern des Rates eines Ausdrucks bedient, der ehrenrührig ist. Ich rufe ihn zur Ordnung (Beifall).

Ich möchte die Tribüne gebeten haben, sich jeden Beifalls zu enthalten.

M. Vincent: Oui, M. Picot s'est livré à des insinuations. Il n'a pas voulu ou n'a pas osé préciser sa pensée...

M. Picot: Elle était très claire!

M. Vincent: Alors, si elle était très claire, vous devez nous reconnaître le droit d'y répondre et nous y répondons ainsi:

Pendant la guerre, nous avons eu une attitude dont nous n'avons à rougir en aucune façon. Nous avons combattu à notre manière, avec les armes qui nous étaient laissées — et elles étaient rares! — le fascisme et le national-socialisme. Vous le savez très bien. Nous avons été l'objet d'une surveillance policière constante. On a dirigé contre nous toutes sortes de poursuites, on a procédé à des perquisitions, à de nombreuses arrestations parmi nous et au terme de toutes ces procédures judiciaires qu'est-ce que le Conseil fédéral lui-même a décidé? Il a conclu, au début de l'année 1945, qu'il n'y avait pas lieu à poursuite contre aucun d'entre nous — parce qu'aucune poursuite ne pouvait être engagée!

Pendant la guerre, qu'a-t-on fait à Genève par exemple? On a dressé une liste de 271 citoyens qui ont été déclarés inéligibles...

M. Nicole: Très bien!

M. Vincent: ...et auxquels il était désormais interdit de se présenter au suffrage des électeurs. C'est le gouvernement genevois qui a fait ce travail. On a fait distribuer dans toutes les mairies du canton de Genève à un moment où les troupes allemandes entouraient le pays tout entier — il y en avait aussi à Gex, il y avait des troupes italiennes à Annemasse, remplacées plus tard par d'autres troupes allemandes — on a distribué, dis-je, dans toutes les mairies du canton la liste de ces 271 citoyens dont on dénonçait les sentiments communistes.

Je vous laisse à penser, ce qui serait advenu de ces 271 citoyens le jour où notre pays aurait été attaqué par l'Allemagne hitlérienne...

Voilà comment on a appliqué la loi contre le national-socialisme pendant la guerre!

En bien, nous autres, nous avons mené notre lutte à notre façon, dans nos journaux clandestins, dans nos assemblées, dans les organisations que nous avons péniblement reconstituées. Nous disons, nous répétons que nous n'hésitons pas à comparer notre attitude à celle de M. le conseiller fédéral Pilez-Golaz.

On a beaucoup rappelé l'entrevue de cet ancien chef du Département politique avec des chefs fron-

tistes. Et ici les renseignements donnés tout à l'heure par M. Gitermann sur l'arrêt rendu par le Tribunal fédéral sont particulièrement intéressants. Mais il faut aussi rappeler l'attitude de politique générale prise par M. le conseiller fédéral Pilet-Golaz, alors président de la Confédération, lorsque, le 25 juin 1940, il prononça le fameux discours dont vous n'avez certainement pas perdu le souvenir.

On vient de parler également de l'attitude du colonel Büttikofer; si vous la comparez à celle que nous autres, militants du parti du travail, avons constamment suivie pendant la guerre, la comparaison n'est certainement pas à notre désavantage et nous la supportons aisément. Un des maîtres de notre mouvement disait volontiers: «Les faits sont têtus». Oui, voyez-vous, c'est exact: les faits sont têtus. Contre les faits, vous ne pouvez rien. Sans doute vous pouvez multiplier les insinuations, les ajouter les unes aux autres, émettre des considérations qu'encore une fois nous jugeons calomnieuses, diffamatoires, injurieuses à l'égard de notre parti. Mais un seul fait reste: c'est qu'aucun d'entre nous, pendant la guerre, n'a pu être impliqué de près ou de loin dans une procédure, qu'aucune instruction n'a jamais été dirigée contre l'un quelconque d'entre nous. Jamais personne n'a pu établir que nous aurions eu des relations quelconques avec un Etat étranger... (*Interruptions, Bruits*) ...et aujourd'hui encore personne ne peut dire une pareille chose (*Nouvelles protestations*) ... personne ne peut l'affirmer (*Bruit croissant*).

Vos exclamations ne changent absolument rien. Personne ne peut l'affirmer, les faits seuls comptent. Vous vous exclamerez encore... cela m'est parfaitement égal... nous établissons la ligne politique que nous suivons dans le parti du travail en nous inspirant de ce que nous considérons, nous, comme les intérêts du peuple suisse... (*Exclamations*)... Un point, c'est tout... (*Rires*)... et sans prendre de mot d'ordre nulle part à l'étranger. Naturellement, les intérêts du peuple suisse, nous les comprenons d'une façon différente, voire très différente de celle dont vous les comprenez. Mais c'est encore notre droit de les comprendre d'une manière différente...

M. Duttweiler: Et les élections!

M. Vincent: Vous m'interrompez, Monsieur Duttweiler. Parlons donc un peu des élections à Lausanne où vous avez dépensé beaucoup d'argent pour ne faire élire personne! Tandis que nos amis, à Lausanne, sont tout de même le deuxième parti de la ville de Lausanne, malgré la campagne effrénée qui a été dirigée contre nous. Vous voulez parler des élections? Le parti communiste français, aux élections...

M. Duttweiler: Et en Argovie?

M. Vincent: ... a augmenté le nombre de ses suffrages, contrairement aux statistiques qui ont été publiées. Sur ce terrain, nous sommes donc très tranquilles aussi.

Nous n'admettons pas qu'à la faveur et à l'occasion de la discussion de ce rapport sur l'activité des Suisses nationaux-socialistes, on puisse nous comparer, ou nous assimiler un seul instant à ceux que

nous n'avons jamais cessé de combattre, à ceux que, hier encore, M. de Senarclens appelait «les gangsters de l'autre côté du Rhin». Ah! le courage civique est venu un peu tard à M. de Senarclens. Nous l'avons eu avant lui et c'est sans doute ce que vous nous reprochez le plus.

Schmid-Oberentfelden: Sie werden verstehen, dass ich sofort das Wort verlange. Ich muss in erster Linie feststellen, dass das, was Herr Vincent hier ausführte, eines der üblichen Ablenkungsmanöver ist. Zum zweiten stelle ich fest, dass das, was er ausführte, nicht gerade für ein gutes Gewissen spricht.

Er versucht das, was ich aktengemäss über einige Landesverräter, die in diesen Prozessen eine Rolle spielten, ausgeführt habe, nämlich, dass sie vorher der Kommunistischen Partei angehörten, zu bestreiten. Das ist aber wahr, das sind Tatsachen. Es ist ganz klar, dass wir das nicht verschweigen. Herr Vincent sollte nun nicht alles das, was hier aktengemäss festgestellt worden ist, als eine Beleidigung seiner Partei hinstellen.

Damit Sie beurteilen können, was in den Augen eines Kommunisten von der Gruppe PdA eine Beleidigung ist, möchte ich in aller Kürze das wiederholen, was er zum Gegenstand des Angriffes genommen hat. Es ist ganz klar, wenn man den Bericht des Bundesrates über die landesverräterischen Handlungen der Nationalsozialisten richtig beurteilen will, dann muss man die Zusammenhänge aufzeigen, dann muss man die Zeit, in der sich diese Verrätereien abspielten, kennzeichnen, und ich habe das getan, indem ich darauf aufmerksam machte, dass diese Landesverräter schon lange vor 1940 sich zur nationalsozialistischen Doktrin bekannten und für die Nationalsozialisten wirkten.

In diesem Zusammenhang habe ich wörtlich festgestellt: «Auch die Ziele der deutschen Nationalsozialisten, insbesondere das Bestreben, Europa zu unterwerfen, wurden mehr und mehr offenbar. Im Frühjahr 1938 erfolgte der deutsche Einmarsch in Österreich. Im Herbst 1938 kam es zu dem sogenannten Münchner Frieden mit der Abtrennung des Sudetenlandes von der Tschechoslowakei und seiner Übergabe an Grossdeutschland, im Frühjahr 1939 kam der Einmarsch der Deutschen in Böhmen und Mähren und die Errichtung des sogenannten Protektorates. Im August 1939 wurde der Freundschaftspakt zwischen Hitler-Deutschland und Sowjetrußland geschlossen. Der Krieg brach aus, Polen wurde niedergeworfen und zwischen Russland und Deutschland aufgeteilt. Im Frühjahr 1940 kam der Überfall auf die neutralen Staaten des Nordens und des Westens.»

Das hat Herr Vincent zum Anlass genommen, um eine Verteidigungsrede über die Haltung Sowjetrußlands zu halten. Er hat erklärt, wir sollten uns in erster Linie an die ersten Tage des Hitler-Regimes erinnern, an jene Tage, wo der Reichstag von Göring präsiert wurde und wo die Kommunisten daran nicht teilnahmen, weil man sie ausgeschlossen hatte, während die Sozialdemokraten dort waren, um gegenüber Hitler selbstverständlich zu demonstrieren und um zu versuchen, seine Macht zu beeinträchtigen. Der gleiche Herr Vincent hat erklärt, Thälmann sei ermordet worden. Das

wissen wir alles schon; aber es steht in gar keinem Zusammenhang mit dem Bericht. Er hat erklärt, Dimitroff und der Leipziger Prozess seien ein Beispiel für die tapfere antinationalsozialistische Haltung der Kommunisten. Das sagte er alles, um die Sache mehr oder weniger in einer Ablenkung untergehen zu lassen; denn in Wirklichkeit hat derselbe Dimitroff noch stärkere Methoden der Verfolgung seiner politischen Gegner in Bulgarien angewendet, als ihm gegenüber im Leipziger Prozess angewendet worden sind. Ich konstatiere, dass es, trotzdem Hitler damals schon an der Macht war, auch einem deutschen Gericht noch möglich war, Dimitroff freizusprechen; dass aus allen Staaten der Welt freie Journalisten nach Leipzig gehen konnten, um den Prozess zu beobachten. Das alles kommt ja heute nicht vor, in Bulgarien lässt man nicht einmal Vertreter anderer Mächte als Beobachter bei Gerichtsverhandlungen zu. Ich konstatiere, dass man Petkoff hängte unter Dimitroff.

Sie sehen, wohin wir kämen, wenn wir jetzt diese Kontroverse weiter verfolgen wollten. Aber ich konstatiere, dass das, was ich angeführt habe hinsichtlich Hitler-Deutschland und Sowjetrußland, nämlich der Freundschaftspakt vom August 1939, den ich nur erwähnte, ihn derart reizte und derart in Ekstase brachte, dass er versucht hat, mit allen möglichen und unmöglichen Ausdrücken um sich zu werfen. Er sprach von Infamien, von Beleidigungen; er sagte, alles das sei gegen seine Partei gerichtet. Ich habe kein Wort davon gesagt, dass die Partei des Herrn Vincent diesen Freundschaftspakt verteidigte. Wenn ich das gesagt hätte, hätte Herr Vincent hier reklamieren können. Ich habe einzig die Tatsache festgestellt, dass dieser Freundschaftspakt geschlossen wurde. Ich habe kein Wort darüber gesagt, dass man Artikel, die Herr Nicole im Herbst 1939 schrieb, im deutschen nationalsozialistischen Radio wiedergab. (Heiterkeit.) Wenn ich das gesagt hätte, hätten Herr Nicole und Herr Vincent reklamieren können.

Es ist interessant, wie empfindlich diese Herren Kommunisten sind, die in ihren Zeitungen anständige Sozialdemokraten und anständige Bürgerliche in jeder Hinsicht verunglimpfen; wie empfindlich diese Leute nun tun, wenn man gewisse Feststellungen macht.

Ich konstatiere, dass es wahr ist, dass dieser Freundschaftspakt bestand vom August 1939 bis zum Sommer 1941, bis der Überfall Hitler-Deutschlands auf Sowjetrußland erfolgte. Ich konstatiere, dass die kommunistische Politik in diesen anderthalb Jahren Deutschland sehr wohlwollend gegenüberstand. Ich konstatiere weiter, dass Polen geteilt wurde zwischen diesen beiden Mächten. Das kann nicht bestritten werden. Aber ich konstatiere auch, dass es notwendig war, diese Tatsachen festzustellen im Zusammenhang mit den landesverräterischen Umtrieben, die in diesen sechs Gerichtsurteilen zum Ausdruck kamen. Die deutschen Nationalsozialisten haben in den Jahren 1940 und 1941 vor allem versucht, im Sinne Hitlers zu wirken, in den Jahren, wo eben dieser Freundschaftspakt bestand. Ich habe das vorhin nicht gesagt, aber ich füge es hier jetzt noch hinzu und, ich verstehe es, dass man sich betroffen fühlt, wenn man nur Tatsachen erwähnt. Wir werden trotz

Vincent und trotz seines hysterischen Getues das auch in Zukunft tun.

M. Picot, rapporteur: Je n'ai pas un mot à retirer de la leçon de vigilance que j'ai donnée tout à l'heure à la fin de mon rapport. On a dit que mes paroles étaient perfides et injurieuses. Je le conteste absolument. Tous les citoyens qui sont inspirés d'un sain esprit national doivent attirer l'attention du public sur la vigilance nécessaire dans une époque comme la nôtre.

M. Vincent a déclaré que les communistes avaient été des enfants sages et soumis à la démocratie pendant la guerre et il est revenu sur l'épisode du départ de M. Nicole et de M. Dicker dans les premières semaines de juin 1941. Je voudrais rappeler ici, messieurs les députés, qu'à ce moment-là l'Allemagne n'avait pas encore attaqué la Russie. Quand M. Nicole est parti avec sa valise un certain vendredi pour Genève, parce qu'il était sorti du Conseil national, il admirait fortement cette union nationale, sociale, socialiste, populaire, communiste et totalitaire qui s'appelait le pacte Ribbentrop-Molotov. Dans ces conditions, M. Vincent n'a pas à dire qu'à ce moment-là il était le plus pur des démocrates. M. Nicole est devenu le défenseur des alliés seulement le lendemain matin, car c'est, je crois, ce matin-là, que l'on a appris que l'armée d'Hitler était entrée à 4 heures en Russie. C'est alors que le point de vue de M. Nicole et de ses amis a changé, car ces messieurs suivent toujours la politique qui se fait à Moscou.

Messieurs les députés, si l'on a dû prendre des mesures à ce moment-là, quelle en est la raison? C'est que le peuple suisse unanime a fait pendant la guerre un remarquable effort d'entente sur la question de salaires entre les syndicats ouvriers et les patrons, un grand effort d'entente entre citadins et ruraux, entre toutes les confessions, entre tous les partis. Nous avons eu alors le sentiment que la paix sociale était nécessaire à la sauvegarde de notre indépendance. Il n'y avait qu'un milieu qui cherchait continuellement à créer du mécontentement, à diviser les citoyens, c'était le milieu du parti de l'extrême-gauche de M. Nicole. Et, pour éviter des désordres qui auraient amené immédiatement une intervention d'une armée étrangère, nous avons été obligés de prendre des mesures évidemment assez dures. Mais vous remarquerez que déjà en 1944 et en 1945, par souci de liberté, les Conseils d'Etat cantonaux de la Suisse romande où ces mesures avaient été plus fortes, le Conseil fédéral et le Département fédéral de justice ont pris des mesures pour revenir à l'idée de la liberté des partis.

Messieurs les députés, j'estime qu'il n'y a rien de perfide, ni rien d'injurieux à dire que l'on doit faire attention, car huit pays: la Pologne, la Lettonie, la Lithuanie, l'Estonie, la Roumanie, la Hongrie, la Bulgarie et la Tchécoslovaquie, sont soumis à la surveillance d'une puissance étrangère. Nous savons que ces pays ne jouissent pas de la liberté dont on jouit dans le reste du monde...

M. Vincent: C'est faux. Vous injuriez leurs gouvernements. (*Bruit, protestations.*)

M. Picot: ... et constamment ces messieurs du parti du travail expriment leur admiration sans bornes pour ce système. Nous avons par conséquent le droit de nous dire que, puisqu'ils admirent ce régime de dépendance dans huit Etats, il est probable qu'ils l'admiraient aussi s'il était appliqué à la Confédération. (*Protestations sur les bancs de l'extrême gauche*). Oui, nous avons, messieurs, le droit d'être vigilants. (*Vifs applaudissements*).

Bundesrat von Steiger: Ich habe Herrn Nationalrat Gitermann auf seine Frage Auskunft zu erteilen. Es ist richtig, dass sich die Darstellung des bundesgerichtlichen Urteiles mit dem Amtsbericht des Politischen Departementes bzw. des Herrn Pilet-Golaz nicht deckt. Aber das Bundesgericht hat offenbar auf die Depositionen des Max Leo Keller, die er am 22. Oktober 1946 vor dem eidgenössischen Untersuchungsrichter machte und nachher in der Hauptverhandlung von ihm bestätigt wurden, bis zu einem gewissen Grade abgestellt. In diesen Abhörungsprotokollen erklärt Keller: „Der Bundespräsident war damit nicht nur einverstanden, sondern bat mich, das Möglichste zu tun, wobei ich jedoch darauf achten sollte, dass es nicht ein offizieller Schritt sein dürfe, sondern eine persönliche Einschaltung, um wieder ins Gespräch zu kommen. Ich soll ihm nach Rückkehr unverzüglich berichten, aber nicht telephonisch.“ Nun hat sich aber Keller nie bei Bundespräsident Pilet gemeldet. Das Gericht war frei, zu würdigen, was es an Material in die Hand bekommen hat, und wir haben uns als politische Behörde nach dem Grundsatz der Trennung der Gewalten nicht in das einzumischen, was schliesslich das Gericht in einem Urteil befindet, so sehr wir es bedauern, dass es auf diese Depositionen Kellers abstellte. Notizen, die Keller gemacht hat, haben nie Gegenstand des gerichtlichen Beweismaterials gebildet, weder hat Keller solche zu den Akten gegeben, noch hat das Gericht deren Edition verlangt. Ihr Wert ist der gleiche wie die Aussagen, die Keller vor dem Untersuchungsrichter gemacht hat. Wir können infolgedessen nur das Bedauern aussprechen, dass das Gericht mehr auf die Angaben Kellers, dieses Landesverrätters, abstellte als auf den Amtsbericht.

Zu den übrigen Ausführungen habe ich mich heute nicht zu äussern. Es wird ja wohl zu anderer Zeit Gelegenheit dazu geben.

Ich will lediglich auf den zweitletzten Absatz des bundesrätlichen Berichtes verweisen. Wir sehen, wohin die Treulosigkeit führt und wie wichtig eine wirksame, geistige Abwehr ist. Je besser und geschlossener die Haltung eines Volkes ist, um so weniger lassen sich Verräter finden, ob diese nun mit fremden Ideologien oder gar mit Geld gewonnen werden. Wir haben aus diesem Material gesehen, dass das Geld, das von den Nazisten ausgegeben wurde, eine ganz untergeordnete Rolle spielte und dass es Ideologien waren, die unsere Schweizer zu Landesverrättern werden liessen. Deshalb ist es auch wichtig, dass unser Schweizervolk gegen Ideologien wachsam wird und gegen alle Bewegungen wachsam bleibt, welche unsere Einigkeit und unser Vertrauen zum Vaterland zerrütten könnten.

Präsident: Sie haben den Antrag der Kommission gehört. Die Kommission beantragt, vom Bericht des Bundesrates dankend und in zustimmendem Sinne Kenntnis zu nehmen.

Abstimmung. — Vote.

Für den Antrag der Kommission 119 Stimmen
(Einstimmigkeit)

An den Ständerat.
(Au Conseil des Etats.)

6/5546 n Verfahren gegen schweizerische Nationalsozialisten.

Quantum Bericht vom 30. November 1948: (Beilage vergriffen). BBl.

Decision Beschluss des Nationalrates vom 24. März 1949: III 997).

Der Bericht wird genehmigt.

Berichterstatter: Hr. Schmuki.

26/5546 n Poursuites contre les Suisses nationaux-socialistes.

Rapport du 30 novembre 1948: (Annexe épuisée, FF III 997).

Décision du Conseil national du 24 mars 1949:

Le rapport est approuvé.

Rapporteur: M. Schmuki.

Hr. S c h m u k i, Berichterstatter: Der Bericht des Bundesrates vom 30. November 1948, über den ich Ihnen namens Ihrer Kommission zu referieren habe, handelt von Geschehnissen aus dem Staatsschutz. Der Bericht ist im Jahre 1948 im Nationalrat verlangt worden anlässlich der Beratung des Geschäftsberichtes der Bundesanwaltschaft sowie einer Motion Bringolf betreffend die Angelegenheit Huegel. Wie schon der Titel besagt, wird berichtet über die Verfahren gegen nationalsozialistische Schweizer wegen Angriffs auf die Unabhängigkeit der Eidgenossenschaft.

Der Bericht ist vornehmlich ein Rückblick und ein Ueberblick. Er will aber mehr sein, und der Schlusssatz weist deutlich darauf hin: Der Bericht ist gleichzeitig ein eindringlicher Ruf zur Wachsamkeit in den Tagen der Gegenwart und der nächsten Zukunft.

Behandelt sind diejenigen Landesverratssachen, welche aus den Jahren des zweiten Weltkrieges zu Bundesstrafverfahren und zu Urteilen des Bundesstrafgerichtes geführt haben. Nicht behandelt sind Fälle, im Zusammenhang mit militärischen Delikten, soweit sie militärgerichtlich beurteilt worden sind. Ebenfalls nicht behandelt sind die vereinzelt Delegationsstrafsachen, die zu Urteilen kantonaler Strafgerichte geführt haben, wie besonders in den Kantonen Basel-Stadt und Luzern. Die umfassende Darstellung aller durch eine dieser Strafbehörden beurteilten Landesverratssachen wäre ausserordentlich zeitraubend gewesen. Der Bundesrat aber wollte den eidgenössischen Räten möglichst rasch berichten, was die Urteile des Bundesstrafgerichtes anbelangt. Weggelassen im Bericht sind auch die vom Bundesstrafgericht in den Jahren 1943 und 1944 beurteilten Fälle; denn darüber hat der Bundesrat in seinerzeitigen Bericht vom 28. Dezember 1945, anlässlich

der Motion Boerlin bereits nähere Auskunft erteilt. Der heute zur handlung stehende Bericht vom 30. November 1948 ist eine Ergänzung und bezieht sich auf die neueren Urteile des Bundesstrafgerichtes, die in der Zeit vom 20. Dezember 1946 bis 3. Juli 1948.

Die Vorlage des Berichtes vom 30. November 1948 ist erfreulich rasch erfolgt. Zunächst musste abgewartet werden, bis alle Untersuchungen zu Urteilen geführt hatten und zudem war selbstverständlich erst noch die Ausfertigung der Urteile des Bundesstrafgerichtes abzuwarten. Der Bericht verarbeitet sechs Urteile. Das letzte war Ende 1948 in Rechtskraft erwachsen, dies mit Einschluss der vereinzelt Fälle, welche von der Verteidigung im Weg der Nichtigkeitsbeschwerde an den ausserordentlichen Kassationshof des Bundesgerichtes weitergezogen worden waren. Von einigem Belang war lediglich die Beschwerde von Karl Meyer, Schaffhausen, dem ehemaligen Frontenführer, eingereicht, auf welche der ausserordentliche Kassationshof am 1. Dezember 1948 nicht eingetreten ist. Die Beschwerde erwies sich als unzulässig. Sie war, unter Geltendmachung unhaltbarer Nichtigkeitsgründe, eine rein appellatorische Kritik des Urteils, gerichtet gegen die ganze Beweiswürdigung und Rechtsanwendung. In Wirklichkeit lag ein Missbrauch des Beschwerderechtes vor. Auf Grund der erfolgten Strafbestimmungen hatte sich die Vereinigte Bundesversammlung bereits mit einer Reihe von Begnadigungsgesuchen zu befassen, die aber bis anhin ausnahmslos abgewiesen worden sind.

In den sechs Bundesstrafverfahren standen insgesamt 102 Angeklagte unter Anklage. Davon sind bloss 3 gänzlich freigesprochen worden. Die 99 Verurteilungen lauten auf Zuchthausstrafen, von der Höchststrafe von 20 Jahren bis zu 1 Jahr, oder auf Gefängnisstrafen von 2 Jahren bis zu 6 Monaten, wobei von 99 Verurteilten ihrer 21 den bedingten Strafvollzug zugebilligt erhielten. Im übrigen verweise ich auf die Uebersicht über die Urteile in der Einleitung des Bundesratsberichtes.

Aus dem Gang der Ermittlungen und gerichtlichen Untersuchungen sind Betrachtungen von Interesse über die Art der Beweiserbringung und Beweissicherung. Der Bericht des Bundesrates selbst spricht nicht davon, aber in der Kommissionssitzung sind hierüber beachtliche Mitteilungen erfolgt. Die Ermittlungen reichen bis in den Sommer 1946 zurück. Gegen den Verurteilten Lienhard, den gewesenen Leiter des

geg. Bundes der Schweizer in Grossdeutschland, hat der Bundesanwalt schon am 12. August 1940, also ganz frühzeitig, einen Haftbefehl wegen Landesverrates ausgestellt. Rückblickend ergibt sich, dass seit 1940 von der Bundesanwaltschaft und kantonalen Polizeibehörden Stein und Stein zusammengetragen worden ist, um zu gegebener Zeit, d.h. bei hinreichenden Verdachtsgründen, zur Anklageerhebung dienlich zu sein. Die gesamte Beweisführung, vor allem auch die Beweisbeschaffung, war keine Selbstverständlichkeit. Die Zusammenhänge, und die Hintergründe all des Landesverräterischen Treibens waren in der Schweiz lange Zeit unerkannt. Zur Hauptsache kam ja Auslandstätigkeit in Betracht, Auslandstätigkeit von Schweizern, die sich ausser dem Bereich der Bundes- und Kantonsbehörden befanden. Die in Wirklichkeit grosse Schwierigkeit der Beweisbeschaffung darf deshalb hervorgehoben werden; denn die Schwierigkeit der Beweisbeschaffung gehört zur Signatur dieser Landesverratsprozesse. Umfassende Erkenntnisse, planmässig verarbeitet, erzielte der eidg. Untersuchungsrichter, Hr. Bezirksanwalt Gloor, (Zürich), erstmals in einem summarischen Bericht am Ende 1945 und sodann in seinem Schlussbericht vom Juni 1946. In den Mitteilungen in der Kommissions-sitzung stehen in der ganzen Beweisbeschaffung namentlich dreierlei Begebenheiten hervor, nämlich: Die Aussagen von eigentlichen Geheimnisträgern, d.h. von Schweizern, besonders von SS-Angehörigen, die im SS-Hauptamt Berlin im Dienst taten und sich in der Folge zu Aussagen entschlossen. Das geschah besonders in einem Fall recht frühzeitig, in Berlin, noch in der Kriegszeit, im letzten Viertel des Jahres 1944. Einer dieser SS-Männer hat damals der Schweiz. Gesandtschaft in Berlin Originaldokumente zugehalten, wobei er in der SS jedes Mal sein Leben aufs Spiel setzte. Der Gleiche hat, nach seiner Flucht, im Februar 1945 in wirklichen spontanen Aussagen bei seinem Eintritt in die Schweiz hervorragend ausgesagt. Unter diesen Geheimnisträgern gab es einen weiteren Schweizer mit einem auffällig guten Gedächtnis, was sich bis in die Verhandlung hinein auswirkte. Auf diese Weise, die wie ein Krimiroman anmutet, aber aufregende Wirklichkeit war, kam die Bundesanwaltschaft durch schweizerische Zeugen zu sehr erheblichen Beweisergebnissen. Darunter befanden sich eigentlich Geheimdokumente aus den

deutschen Dienststellen.

2. Die zweite der drei hervorragenden Begebenheiten war die Möglichkeit der Vernehmung ausländischer Zeugen, vorab des Viersers Dr. Klaus Huegel und seines Nachfolgers im Alemannischen Appellationskreis, Dr. Gerhard Hess. Mindestens gleichbedeutend waren die äusserst schwerwiegenden Aussagen des Oesterreichers von Klimburg, all die Aussagen aus dienstlicher Kenntnis.

3. Die Beweisbeschaffung wurde drittens gefördert durch die gesetzgebenden Mächte, welche die von ihnen entdeckten Beweisstücke vornehmlich aus der Verfügung stellten. Aus dem Ausland vermochte sich die Bundespolizei die sog. Bürserberger- oder Felsspaltenakten zu verschaffen. Diese "Felsspaltenakten", eine Kurzformel für das alpine Verstecken, den sie vorgefunden wurden, haben in erster Linie die Hauptverhandlung gegen Max Leo Keller beherrscht. Es befanden sich aber auch Beweisstücke dabei, die ganz allgemein zum Wichtigsten für alle Bundesstrafverfahren geworden sind. Besonders gilt dies wiederum für eigentliche deutsche Geheimakten. Bis in die letzte Zeit hinein gelangen, als eigentliche Nachzügler, Aktenstücke aus Deutschland in den Besitz der Bundesanwaltschaft, so in einem Fall noch gerade kürzlich.

Vom Bundesstrafgericht - wurde uns in der Kommissions-sitzung erklärt - lasse sich erfahrungsgemäss sagen, dass das Gericht in den Anforderungen an den Beweis streng sei: Ist das Gericht aber überzeugt aus dem Verlauf der Hauptverhandlung überzeugt, dann wird in den Urteilen auch eindeutig motiviert; sämtliche der sechs Urteile des Bundesstrafgerichts sprechen dafür. Welches Gewicht diese Feststellungen des obersten Gerichts unseres Landes haben, belegen namentlich die Ausführungen im ersten Abschnitt des ERB über Pläne Hitlerdeutschlands.

Ueber die Gliederung des Berichts gibt Auskunft die auf S. 6 zusammengestellte Inhaltsübersicht. Bereits dieser Uebersicht ist zu entnehmen, dass sich der Bericht über die mannigfachsten Gebiete erstreckt.

Mit Rücksicht auf die kurz bemessene Zeit muss ich es mir leider versagen, die einzelnen Abschnitte des ausserordentlich interessanten Berichtes des Bundesrates einer besonderen Würdigung zu unterziehen.

Auf Grund des Berichtes und der Dokumente hat Ihre Kommission im Beisein des Vorstehers des Eidg. Justiz- und Polizeidepartementes, Herren Bundesrat Eduard von Steiger, und des Bundesanwaltes, Herrn Dr. Werner Lüthi, am 6. Mai die Angelegenheit des landesverräterischen Schweizer einer einlässlichen Prüfung unterzogen. Der Sprechende, als Kommissionspräsident, stellte damals fest, dass der Bericht des Bundesrates grösste Beachtung verdiene. Er enthält ein Stück Schweizergeschichte nach der betrübliehen Seite hin. Gleichzeitig aber dokumentiert der Bericht die Wachsamkeit der Landesbehörde während der letzten Jahre. Diese Auffassung wurde von den Kommissionsmitgliedern einhellig anerkannt. Die Dokumentation ist nur scheinbar antiquiert. Nach eingehendem Studium erhalten die Ausführungen ein anderes, viel ernsteres Gesicht. Der Bericht ist nicht nur Abschluss einer Episode, sondern Belehrung und Aufmunterung für die Zukunft. Für die bewiesene Umsicht ist ganz besonders Herrn Bundesrat Eduard von Steiger die Anerkennung auszusprechen; denn er musste für seine Haltung viel Undank und Unbill entgegennehmen. Ausserdem fügt der Sprechende hinzu, dass der Bericht heute auch nach anderer Seite hin wieder aktuell wird. Ueber die Landesverratsprozesse liegt heute ein abgerundetes Bild vor. Der Bericht ist ein Mahnwort an Behörden und Volk und für die Behörden zugleich polizeitechnisches und praktisches Lehrstück.

Unser Land und unser Volk stehen mitten in einer gewaltigen Ausmarchung zwischen den Völkern des Ostens und jenen des Westens, mitten im Spannungsfeld der Weltmachtspolitik. Die Begleiterscheinungen stellen an die Wachsamkeit der Behörden ganz ausserordentliche Anforderungen.

Ihre Kommission hat im Laufe der Diskussion namentlich folgende Gesichtspunkte zur Sprache gebracht: Es wurde um nähere Auskunft ersucht, warum z.B. Ernst Hofmann, vormals mitführend in der sog. Nationalen Bewegung der Schweiz, nicht angeklagt wurde. Es handelt sich jedoch bei ihm um einen typischen Grenzfall. Hofmann ist zweifellos ganz nahe am Zuchthaus vorbeigegangen. Er war auf dem Punkte, zu den Landesverrätern überzugehen, als ihm das mahnende und warnende Departementsschreiben zuzuging. Damals wurde er stutzig, und er dürfte

gerade durch das Schreiben des Herrn Bundesrat von Steiger geheilt worden sein.

Die Angelegenheit Hersche, ehemals Reitlehrer des eidg. Remontendepôts, dem wegen seiner nationalsozialistischen Haltung und Betätigung der Pensionsanspruch entzogen wurde, erfuhre ebenfalls nähere Beleuchtung. Hersché hat als typischer Attentist auf den deutschen Sieg gewartet. Er konnte zwar mangels genügenden Beweises nicht wegen Landesverrates überwiesen werden, jedoch sind zum mindesten genügende Tatsachen erbracht, um den Pensionsentzug nicht rückgängig zu machen. Das Volk würde die Pensionierung eines immerhin abtrünnigen Schweizers nicht verstehen.

Weiter kam in Ihrer Kommission der Empfang der Dreierdelegation der NBS vom September 1940 durch den Bundespräsidenten zur Sprache, d.h. die sog. Audienzaffäre. Die Kommission ist allerdings darauf nicht in Einzelheiten eingetreten. Die Audienz muss aus der damaligen Zeit heraus gewürdigt werden. Der Bundesrat befand sich im Jahre 1940 in einer äusserst schwierigen Lage.

Auf Seite 8 des Urteils des Bundesstrafgerichtes in Sachen Max Leo Keller vom 3. Juli 1948 ist der Empfang erwähnt, den Herr Bundespräsident Pilet-Golaz am 10. September 1940 den Mitgliedern der Nationalen Bewegung der Schweiz, Max Leo Keller, Hofmann und Jakob Schaffner gewährt hatte, und sodann eine Unterredung, die 4 Tage später, am 14. September 1940, in der Wohnung des Herrn Bundespräsidenten Pilet-Golaz zwischen diesem und Max Leo Keller stattgefunden hat.

Das Urteil führte über diese Unterredung in der Wohnung des Bundespräsidenten folgendes aus:

"Keller äusserte sich, er werde nach Deutschland fahren und dort wahrscheinlich mit Reichsminister Rudolf Hess, dem Stellvertreter Hitlers, zusammenkommen. Der Bundespräsident bat Keller, sich in Deutschland inoffiziell dafür einzusetzen, dass die schweizerischen Behörden mit den deutschen wieder ins Gespräch kommen könnten und sich die Beziehungen zwischen ihnen verbesserten."

In der Sitzung der nationalrätlichen Kommission wurde darauf aufmerksam gemacht, dass hier ein offensichtlicher Widerspruch zwischen dem Amtsbericht, der durch das eidg. Politische Departement dem Bun-

des Strafgericht übermittelt worden war, und der Feststellung des bundesgerichtlichen Urteils vorzuliegen scheine.

Aus dem Amtsbericht geht in keiner Weise hervor, dass der Bundespräsident Keller "gebeten" habe, sich in Deutschland inoffiziell dafür einzusetzen, dass die schweizerischen Behörden mit den deutschen wieder ins Gespräch kommen könnten und sich die Beziehungen zwischen ihnen verbesserten.

Es wurde deshalb in der Kommission der Meinung Ausdruck gegeben, dieser Widerspruch sollte noch abgeklärt werden. Herr Nationalrat Gitermann behielt sich vor, im Plenum des Nationalrates die Sache zur Sprache zu bringen. Das bundesgerichtliche Urteil stelle auf die Darstellung Max Leo Kellers ab und nicht auf diejenige des Amtsberichtes.

Obschon die Frage, ob der Bundespräsident Keller einen solchen Auftrag erteilt habe, in keiner Weise Gegenstand der Anklage bildete und für die Beurteilung des Falles auch nicht ausschlaggebend ist, hat sie doch eine gewisse politische Bedeutung.

Der Bundesrat war der Meinung, dass kein Grund vorliege, an der Richtigkeit des Amtsberichtes, der sich auf die Angaben des Herrn Bundesrat Pilet-Golaz stützte, zu zweifeln, und er ermächtigte den Vorsteher des Justiz- und Polizeidepartementes, gegebenenfalls in der ihm richtigscheinenden Weise diese Auffassung sowohl der Kommission wie dem Plenum des Rates zur Kenntnis zu bringen. In diesem Sinne gab der Vorsteher des Justiz- und Polizeidepartementes in der nationalrätlichen Kommission Auskunft und antwortete dann auf die Intervention des Herrn Nationalrat Gitermann vor dem Nationalrat wie folgt:

Es ist richtig, dass sich die Darstellung des bundesgerichtlichen Urteils mit dem Amtsbericht des Politischen Departementes bzw. des Herrn Pilet-Golaz nicht deckt. Aber das Bundesgericht hat offenbar auf die Depositionen des Max Leo Keller, die er am 22. Oktober 1946 vor dem eidgenössischen Untersuchungsrichter machte, und die nachher in der Hauptverhandlung von ihm bestätigt wurden, bis zu einem gewissen Grade abgestellt. In diesen Abhörungsprotokollen erklärt Keller: "Der Bundespräsident war damit nicht nur einverstanden, sondern bat mich, das Mögliche zu tun, wobei ich jedoch darauf achten

solle, dass es nicht ein offizieller Schritt sein dürfe, sondern persönliche Einschaltung, um wieder ins Gespräch zu kommen. Ich habe ihm nach Rückkehr unverzüglich berichtet, aber nicht telephonisch. Nun hat sich aber Keller nie bei Bundespräsident Pilet gemeldet. Das Gericht war frei, zu würdigen, was es an Material in die Hand bekommen hat, und wir haben uns als politische Behörde nach dem Grundsatz der Trennung der Gewalten nicht in das einzumischen, was schliesslich das Gericht in einem Urteil befindet, so sehr wir es bedauern, dass auf diese Depositionen Kellers abgestellt. Notizen, die Keller gemacht hat, haben nie Gegenstand des gerichtlichen Beweismaterials gebildet. Weder hat Keller solche zu den Akten gegeben, noch hat das Gericht deren Edition verlangt. Ihr Wert ist der gleiche wie die Aussagen, die Keller vor dem Untersuchungsrichter gemacht hat. Wir können infolgedessen nur das Bedauern aussprechen, dass das Gericht mehr auf die Angaben Kellers, dieses Landesverrätters, abstellte als auf den Amtsbericht.

Die Angelegenheit war damit für den Nationalrat erledigt. Das Wort zur Aussprache über diesen Gegenstand war nicht verlangt worden.

Nachträglich richtete nun der Präsident des Bundesstrafgerichts im Namen desselben am 31. März 1949 an den Präsidenten des Nationalrates ein Schreiben mit der Bemerkung, es liege dem Bundesstrafgericht daran, "auf diesem Wege festzuhalten, dass die erwähnte Feststellung dem Amtsbericht des Politischen Departementes vom 22. Juni 1948 in keiner Weise widerspricht. Im Bericht hat das Politische Departement zu der Unterredung vom 14. September 1940 in wenigen wohl abgewogenen Sätzen lediglich ausgeführt, Keller habe wissen wollen, ob der Bundespräsident ihm eine Botschaft zu übermitteln habe ("si le Président de la Confédération avait un message à lui faire venir"), die Antwort habe aber natürlich nur verneinend ausfallen können; es sei keiner Mitteilung zu überbringen "aucune communication quelconque à transmettre"). Das Urteil vom 3. Juli 1948 sagt nicht, Keller habe den deutschen Behörden eine Botschaft des Bundespräsidenten überbracht, und anderseits nimmt der Amtsbericht des Politischen Departementes an der Tatsache, dass Keller gebeten worden ist, sich inoffiziell, aber keineswegs im Namen des Bundespräsidenten, für die Verbesserung der

Beziehungen zwischen den deutschen und den schweizerischen Behörden einzusetzen, nicht Stellung. Wir glauben damit den Sachverhalt richtiggestellt zu haben."

Der Präsident des Nationalrates gab dem Nationalrat vom Eingang dieses Briefes Kenntnis und fügte bei, dass er zur Einsicht aufgelegt werde. Von diesem Recht ist Gebrauch gemacht worden. Der Präsident der nationalrätlichen Kommission hielt es indessen nicht für notwendig, die Kommission noch einmal einzuberufen. Zu der wesentlichen Frage, ob der Bundespräsident Max Leo Keller - wie es im bundesgerichtlichen Urteil steht - "gebeten habe, sich in Deutschland inoffiziell dafür einzusetzen, dass die schweizerischen Behörden mit den deutschen wieder ins Gespräch kommen könnten und sich die Beziehungen zwischen ihnen verbesserten", brachte der Brief des Bundesstrafgerichtes keine neuen Momente. Gerade das war aber die Frage, welche die nationalrätliche Kommission beschäftigte, ob wirklich ein solcher förmlicher Auftrag durch den Bundespräsidenten Keller erteilt worden sei. Die Darstellung Kellers und des Bundesstrafgerichtes weicht nach wie vor in diesem wesentlichen Punkte vom Amtsbericht ab.

Da der Präsident des Nationalrates den Brief des Bundesstrafgerichtes vom 31. März 1949 nicht wörtlich verlesen, sondern lediglich zur Einsichtnahme aufgelegt hatte, ist dieses mit einem erneuten Schreiben vom 7. Juni 1949 an den Herrn Nationalratspräsidenten gelangt, in der Meinung, "es dürfte angezeigt sein, auch unsere Richtigstellung der Öffentlichkeit bekanntzugeben. Wir wären Ihnen zu Dank verpflichtet, wenn Sie das nachträglich durch Verlesen unseres Schreibens vom 31. März im Nationalrat tun würden, wobei unseres Erachtens zu wiederholen und zu betonen wäre, dass Sie unsere Stellungnahme am Schlusse der letzten Session, nicht erst heute erhalten haben."

Mit einem Schreiben vom 6. Juni 1949 hatte der Präsident des Bundesstrafgerichtes dem Referenten der ständerätlichen Kommission ein Doppel des Briefes vom 31. März 1949 an den Herrn Nationalratspräsidenten übermittelt. Da die Angelegenheit für den Nationalrat erledigt ist, hat es der Herr Nationalratspräsident dem Präsidenten der ständerätlichen Kommission überlassen, in der ihm gutschneinenden Weise

den Wünschen des Bundesstrafgerichtes Rechnung zu tragen. Das ist hiermit geschehen, indem vom wesentlichen Inhalt des Briefes des Bundesstrafgerichtes Kenntnis gegeben worden ist. Der Sprechende sieht sich nicht veranlasst, weitere Ausführungen, als dies soeben geschehen ist, anzubringen. Ein Unterschied in der Darstellung Max Leo Kellers, die vom Bundesstrafgericht als richtig angenommen wurde, und derjenigen des Amtsberichtes bleibt nach wie vor bestehen.

Das Bundesstrafgericht stellt in seinem Urteil auf die Depositionen Max Leo Kellers ab, wenn es ausführt:

"Der Bundespräsident bat Keller, sich in Deutschland inoffiziell dafür einzusetzen, dass die schweizerischen Behörden mit den deutschen wieder ins Gespräch kommen könnten;" aber im Amtsbericht steht nicht von einer solchen Bitte. Das war des Bundesstrafgerichtes gutes Recht, denn es ist in der Beweiswürdigung völlig frei.

Aber ebenso war es das gute Recht des Bundesrates, wenn er über diese Divergenz interpelliert wurde, sein Bedauern darüber auszusprechen, dass das Urteil in diesem Punkt auf die Behauptung Max Leo Kellers und nicht auf den Amtsbericht abstellte. Das ist der exakte Sachverhalt. Ein Vorwurf an die Adresse des Bundesstrafgerichtes kann hierin wohl kaum erblickt werden.

Eine vielleicht irrige und unglückliche Wahl der Mittel, wobei guten Treuen gehandelt wurde, kann nichts daran ändern, dass Herr Bundesrat Pilet-Golaz sicher immer das Beste für das Land gewollt und dem Land mit seinen grossen Gaben und seinem klaren Verstand zum Besten gedient hat.

Ferner wurde die Frage aufgeworfen, ob die vom Bundesrat verfügten Ausbürgerungen auf die davon Betroffenen Eindruck gemacht hätten. Dies liess sich auf Grund des aus den Prozessen Erfahrenen eindeutig bejahen. Mit dem Bundesanwalt ist für die Auswirkung der Ausbürgerungen auf die Rundschreiben des Bundes der Schweizer in Grossdeutschland hinzuweisen (der Bundesanwalt zitierte verschiedene Beispiele, aus denen ^{deutlich} hervorgeht, dass der BSG gegen die defaitistische Wirkung der Ausbürgerung auf seine Mitglieder anzukämpfen suchte).

Berührt wurde ferner die Tätigkeit von Herrn Minister Frölicher, dem zugute zu halten ist, dass er Weisung hatte, mit Deutschland

schaftliche Beziehungen zu pflegen.

Gegenstand der Diskussion war sodann namentlich auch die Frage der Strafausmessung in den ergangenen Verurteilungen. Es erhebt sich die Frage, ob die vom Bundesstrafgericht ausgefallten Strafen im Vergleich zu den militärgerichtlich erkannten Todesstrafen nicht in einem gewissen Missverhältnis stehen, d.h. ob die bürgerlich erkannten Strafen nicht zu milde seien. Wichtig ist jedenfalls, dass in der Anklagevertretung und in den Urteilen eine einheitliche Auffassung zum Ausdruck kam. Dieser Auffassung ist auch bei der Behandlung allfälliger Begnadigungsgesuche Rechnung zu tragen; und in der Tat hat die Bundesversammlung bis anhin jedes der eingereichten Gesuche abgewiesen.

Als einer der Hauptpunkte hat schliesslich zu gelten, dass mit der gesamten Berichterstattung die Bewertung unserer Staatsschutzgesetzgebung eng zusammenhängt. Die Frage besteht, ob diese Gesetzgebung auch den Anforderungen der Zukunft standhält. Die Aussprache innerhalb Ihrer Kommission zielte wesentlich darauf ab, aus dem im Bericht Mitgeteilten die Konsequenzen, die Folgerung für die Zukunft zu ziehen. Die Diskussion über aktuelle Fragen des Staatsschutzes war damit gegeben. Die Einsicht besteht und sie kam in der Kommission zum Ausdruck, dass wir während der Hitlerzeit einem danger terrible ausgesetzt waren. In Kenntnis solcher Gefahren und zu ihrer rechtzeitigen Abwehr müssen wir mit den Mitteln des strafrechtlichen Staatsschutzes gerüstet sein. Es heisst, vom Gesichtspunkt der Gesetzgebungspolitik aus die "richtige juristische Formulierung" zu finden. Jedenfalls kann man von den nazistischen Umtrieben nicht Kenntnis nehmen, ohne an die derzeitigen kommunistischen Umtriebe zu denken. Die gleiche Wachsamkeit muss weiterhin gehandhabt werden, und zwar geschärft durch die Erfahrungen der letzten Jahre. Auf Grund der eigenen politischen Geschichte - zu erinnern ist an den Verlust der Unabhängigkeit zur Zeit der Helvetik und während der Herrschaft Napoleons - legen wir das Hauptgewicht auf die Wahrung der Unabhängigkeit des Landes und die politische Freiheit. Für das unersetzliche Gut der Unabhängigkeit und politischen Freiheit ist namentlich auch unsere Schweizerjugend jederzeit zu gewinnen, was eine vornehme Aufgabe der Jugenderziehung darstellt. Der Jugend müssen die Augen dafür geöffnet werden, dass es mit dem Worte "Freiheit" nicht getan ist, sondern dass jeder Einzelne für die Wahrung dieser Freiheit seine Mitverantwortung trägt.

Ihre Kommission hat dem Staatsschutz den zweiten Teil ihrer Ansprache gewidmet. Genügt die Staatsschutzgesetzgebung den heutigen Anforderungen? Die Kommission hat hierzu Erklärungen des Vorstehers des Eidg. Justiz- und Polizeidepartementes entgegengenommen, ebenso Erklärungen des Bundesanwaltes über die Organisation der Bundesanwaltschaft. Die Kommission war von den erhaltenen Mitteilungen beruhigt und befriedigt. Mit Interesse blicken wir der angekündigten Botschaft des Bundesrates über die Teilrevision des Strafgesetzbuches entgegen. Sie wird die Frage des Staatsschutzes mitumfassen. Damit sind wir im Vorfeld der kommenden Beratungen über den strafrechtlichen Staatsschutz angelangt, welchem heute nicht vorgegriffen werden soll.

Der Antrag der einstimmigen Kommission lautet:

Es sei dem Bericht des Bundesrates die Genehmigung zu erteilen, mit dem Ausdruck des Dankes gegenüber Bundesrat und Bundesanwaltschaft für die in gefahrvoller Zeit geübte Aufmerksamkeit und Wachsamkeit zum Schutze der Unabhängigkeit des Landes.

Der Antrag der Kommission wird stillschweigend genehmigt.

An den Nationalrat.

La proposition de la commission est adoptée tacitement.

Au Conseil national.

Ü III / 1949 8

× 26. (5546) n Verfahren gegen schweizerische Nationalsozialisten. Bericht des Bundesrates vom 30. November 1948 (BBl III, 997) über die Verfahren gegen nationalsozialistische Schweizer wegen Angriffs auf die Unabhängigkeit der Eidgenossenschaft.

N Schmid-Oberentfelden, Cottier-Lausanne, Favre, Freimüller, Gitermann, Käch, Mauroux, Meier-Eglisau, Müller-Olten, Picot, Rusca-Locarno, Seematter, Triebold. (13)

S Schmuki, Bossi, Brodbeck, Fauquex, Locher, Moeckli, Zust. (7)

1949, 24. März. Beschluss des Nationalrates: Vom Bericht des Bundesrates wird in zustimmendem Sinne Kenntnis genommen.

1949, 21. Juni. Beschluss des Ständerates: Zustimmung.

(Stenographisches Bulletin [Nationalrat])